

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Vorkaufbestellungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Reiter Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1. — Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einrichtung auf Volksbank-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Reiter Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 43

Sonnabend, den 27. Oktober 1928

32. Jahrgang

Existenzgrundlage und Existenzsicherheit

Die Existenzgrundlage des modernen Kulturmenschen bildet die Produktion. Abgesehen von der Zeit, wo die Menschen noch im Urzustande lebten und sich für ihren Unterhalt auf die von der Natur freiwillig gebotenen Nahrungsmittel beschränken mußten, war das immer so. Nur die Produktionsformen wechselten. Sehen wir uns aber diese Entwicklung an, so stoßen wir auf eine eigenartige Erscheinung. Die Existenzgrundlage des Menschen blieb bei allen Wandlungen der durch die Entwicklung der Produktion hervorgerufenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse dem Wesen nach die gleiche. Aber sie erweiterte sich unausgesetzt. Das Eindringen der Wissenschaft in die Geheimnisse der Natur, die Neuartigkeit der hieraus gewonnenen Erkenntnisse, technische Erfindungen und Verbesserungen steigerten die Ergiebigkeit der Arbeit in einer Weise, für die es vorher an jeder Vorstellung fehlte. Sie wurde zur Quelle märchenhaften Reichtums, der in scheinbar unerhöplicher Fülle auf die Menschheit herniederströmte. Und doch gelang es damit nicht, ihre Existenzgrundlage allgemein und befriedigend zu sichern. Am wenigsten die Existenzgrundlage derer, die jenen Reichtum hervorbrachten.

Hier ist sogar das Gegenteil festzustellen. Je ergiebiger sich die Arbeit gestaltete, um so unsicherer wurde die Existenzgrundlage der arbeitenden Massen und sie ist es heute mehr denn je zuvor. Das zeigt die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in deutlicher Weise. Arbeits- und damit Existenzlose hat es immer und überall gegeben, wo die Arbeiterschaft, gleichgültig durch welche Umstände, von den Produktionsmitteln losgerissen wurde. Diesen Abhängigkeitsprozeß im großen einzuleiten, blieb aber dem Kapitalismus vorbehalten. Das Proletariat ist sein Werk! Er riß die Massen der Kleinen Bauern und Handwerker aus ihren Existenzbedingungen heraus, enteignete sie und betrug ihnen nur die Arbeitskraft, deren rücksichtslose Ausbeutung ihm so sichergestellt war. Immer hielt sich aber noch — mit Ausnahme von Krisenzeiten — die Arbeitslosigkeit in verhältnismäßig engen Grenzen. In den Vorkriegsjahren trat in Deutschland sogar ein fühlbarer Arbeitermangel hervor, der eine starke Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften herbeiführte. Im Jahre 1913 betrug ihre Zahl über eine Million.

Mit der Beendigung des Krieges hat sich dieser Zustand ganz gewaltig verändert, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Ländern. Die Arbeitslosigkeit ist zu einem internationalen Problem geworden, deren Lösung bis jetzt vergeblich versucht worden ist. Man hat in Deutschland die Arbeitslosenfürsorge, Arbeitslosenversicherung und öffentliche Arbeitsvermittlung eingeführt. Reich, Staat und Gemeinden veranlassen Notstandsarbeiten in Form von Meliorationen, Urbarmachung von Weidland, Siedlungen, Straßenbauten usw. Es finden Fortbildungs- und Umschulungskurse für die Arbeitslosen statt. Aber alle diese Maßnahmen bleiben ohne sichtbaren Erfolg. Die Zahl der Arbeitslosen wächst nur während der kurzen Sommerzeit eine Abnahme. Mit dem Eintritt des Herbstes schwillt sie wieder zu ungeheurer Höhe an. Millionen Arbeitskräfte bleiben so für einen großen Teil des Jahres aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Für Hunderttausende ist diese Ausschaltung sogar eine Dauernde; sie haben keine sichere Existenzgrundlage verloren. Ihr Dasein ist nur noch ein Vegetieren von einem Tag auf den andern. Die kapitalistische Gesellschaft hat für sie keine Verwendung mehr.

Ein solches Los trifft in zunehmendem Maße die älteren Arbeitskräfte. In der Großindustrie ist es längst graulame Wirklichkeit, daß der über 40 Jahre alte Arbeiter oder Angestellte bei Einstellungen nicht mehr berücksichtigt wird. Und diese Gespinntheit findet immer weitere Verbreitung. In der Wirtschaft bieten sich für diese Existenzlosen, die so den Boden unter den Füßen verloren, nur geringe Verwendungsmöglichkeiten. Die hierfür in Betracht kommenden Berufe, insbesondere der Handel, sind überfüllt. Es macht sich auch hier eine immer stärkere Auslese sowie Abstokung der kapitalistischen und minder leistungsfähigen Kräfte bemerkbar. So muß hier ebenfalls die Existenzunsicherheit zunehmen.

Daher mit den bisherigen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nichts erreicht wird, steht nach den gemachten Erfahrungen fest. Es sind Linderungsmittel, weiter nichts! Ihre Anwendung ist unvermeidbar. Nur darf man sich nicht mit der Hoffnung tragen, daß sie nachhaltige Hilfe bringen. Das ist z. B. auch von den in England angewendeten Maßnahmen nicht zu erwarten, die auf eine Verpflanzung der englischen Arbeitslosen als Erntearbeiter und Farmer nach den englischen Domänen hinauslaufen. Bei der zur Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit hat man es nicht mit einem kurz vorübergehenden Zustande zu tun, sondern mit einem organischen Mangel des kapitalistischen Systems. Das geht vor allem daraus hervor, daß selbst in Ländern, die von dem Weltkrieg in keiner Weise in Mitleidenhaft gezogen wurden, vielmehr dessen Nutznießer waren, die Arbeitslosigkeit in annähernd dem gleichen Umfange wütet, wie in den am Kriege beteiligten Staaten. So zählt man z. B. in Amerika die Zahl der Arbeitslosen auf 4 Millionen, in dem außerordentlich schwach bevölkerten Australien auf rund 187 000.

Eine unauflösbare Tatsache ist, daß der Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen eine stark mitwirkende Ursache der Arbeitslosigkeit bilden. Europa ist verarmt, seine Bevölkerung hat einen erheblichen Teil ihrer Kaufkraft eingebüßt. Von diesem Verluste kann sie sich nur langsam erholen und der für die allgemeine Wirtschaft so notwendige Ausgleich wird durch die noch lange dauernde Abtragung der Kriegsschulden an Amerika erheblich erschwert, sowie verzögert. Letzteres hat durch den Krieg große Gewinne gemacht, seine industrielle Leistungsfähigkeit gewaltig und weit über das Maß der zur Zeit bei der amerikanischen Bevölkerung vorhandenen Kaufkraft gesteigert. Das gleiche ist auch in den andern Ländern, besonders in Deutschland, geschehen. Überall wurde rationalisiert, damit aber ein Mißverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und Kaufkraft geschaffen, das die allgemeine Existenzsicherheit durch rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit erschüttern mußte.

Unter normalen Verhältnissen hätte die Rationalisierung der Industrie solche Wirkungen nicht haben können. Die Entwicklung des Kapitalismus ist ja eine ununterbrochene Reihenfolge von Rationalisierungen. Sie vollzogen sich jedoch im allgemeinen unbemerkt, freilich unter andern Umständen als gegenwärtig. Die Steigerung der Erzeugungsfähigkeit setzte sich in Verbilligung der Waren bei langsam steigenden Löhnen um, wodurch sich die Kaufkraft erhöhte. Damit war wiederum eine steigende Nachfrage nach Waren und so eine sich fortsetzende Zunahme von Arbeitskräften

verbunden. Unter der gegenwärtigen Herrschaft der Kartelle ist es umgekehrt. Die Waren erfahren keine Verbilligung, die Steigerung der Löhne wird zurückgehalten und so die an und für sich schon schwache Kaufkraft der Bevölkerung noch weiter herabgedrückt. Die Folgen sehen wir vor uns in dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und in der Zunahme der allgemeinen Existenzunsicherheit der arbeitenden Volksschichten. Hiergegen hilft nur eine Aenderung des herrschenden Systems in der Richtung der von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen:

Scharfe Kontrolle der Kartelle,
Herabdrückung der Preise,
Erhöhung der Löhne und Verkürzung der
Arbeitszeit auf ein Maß, das geeignet ist, den
Arbeitslosen eine sichere Existenzgrundlage
zu schaffen.

Im letzten Grunde ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur von dem Sozialismus zu erwarten. Mt.

Der geschlossene Ring in der Basalt-Union

Im Frühjahr 1927 wurde nach langen Verhandlungen die Basalt-Union e. V. mit dem Sitz in Bonn errichtet. Die Union sollte den Zweck haben, die Basalt-Industrie hauptsächlich Westdeutschlands syndikatsmäßig zusammenzufassen. Die Union umfaßte also die Produktion in Basalt-Industrie, nicht aber die übrigen Erzeugnisse der Basalt-Industrie und der einzelnen Firmen gehörenden Betriebe in anderen Gesteinsarten. Die Gründung erfolgte im Einverständnis und mit Billigung der Großabnehmer. Die Union hatte in der Hauptsache den Zweck, den Absatz in Basalt-Industrie zu kontingentieren. Jeder der angeschlossenen Firmen wurden bestimmte Beteiligungsquoten zugeteilt, nach welchen sie an dem Absatz der Union beteiligt sind. Der über die Beteiligung hinausgehende Mehrverkauf war abgabepflichtig, während die weniger verwendenden Betriebe in gleichem Maße entzweidungsberechtigt waren. Eine Preisregelung war anfangs nicht vorgesehen. Späterhin ist man aber auch an die Regelung der Preise herangetreten.

In der Basalt-Union waren hauptsächlich die Großfirmen vereinigt, die etwa 85 v. H. in der Schotterindustrie umfaßten. Eine ganze Reihe Werke standen außerhalb dieser Vereinigung und verfolgten eigene Wege zu gehen. Das dies für die Basalt-Union nicht vorteilhaft war, kann man sich denken. Es wurde deshalb versucht, die Außenseiter, d. h. die mittleren und kleineren Basaltwerke Westdeutschlands in die Union hineinzuziehen. Die Verhandlungen waren von Erfolg, so daß mit dem 15. Oktober sämtliche Werke der Basalt-Industrie in der Union vereinigt sind. Das ist ein zweifellos großer Erfolg.

Mit dem Beitritt der Außenseiter wird auch die Neuregelung der Beteiligungsquoten notwendig. In der alten Union waren die Beteiligungsquoten wie folgt geregelt worden:

Basalt AG Linz/Rhein	22,70 v. H.
AG Eisfelder Steinwerke	13,00 v. H.
Dolerit-Basalt AG Bonn/Rhein	12,50 v. H.
Westermaldbrüche AG Bonn/Rhein auf.	
Ver. Grauwacken- und Basalt AG, Bonn	11,90 v. H.
J. G. Adrian, Oberkassel (Siegkreis)	7,30 v. H.
J. Reeh AG, Dillenburg	5,60 v. H.
11 weitere Firmen zusammen	27,00 v. H.
	100,00 v. H.

Es ist nicht zu verkennen, daß mit der Beseitigung der Außenseiter eine stärkere Stokkraft der gesamten Basaltindustrie erreicht ist. Es gibt selten Syndikate oder ähnliche Unternehmervereinigungen, die 10 Prozent ihrer Mitglieder umfassen. Auch gegenüber der Auslandskonkurrenz kann sich die Basaltindustrie infolge dieses Zusammenschlusses besser behaupten. Nach Pressmeldungen soll an eine Erhöhung der Preise vorläufig nicht gedacht werden. Eine gewisse Aufbesserung der Preise ergibt sich dadurch, daß die seitens der bisherigen Außenseiter vorgenommenen Preisunterbietungen nunmehr aufhören. Immerhin wird in Aussicht gestellt, daß durch eine Neuregelung der Preise, die durch die Tarifserhöhung der Reichsbahn verursachten Mehrkosten ausgeglichen werden sollen.

Bezüglich der Zukunftsaussichten der Basaltindustrie hofft man auf eine baldige Besserung der Lage. Von der Reichsbahn werden zweifellos größere Bestellungen getätigt werden. Diese will bekanntlich dazu übergehen, die Bahnkörper so schnell als möglich umzubauen, damit eine größere Sicherheit im Eisenbahnverkehr erreicht wird. Dadurch ergeben sich größere Bestellungen auf Schottermaterial. Nicht unwichtig ist auch die Aussicht auf den Ausbau großer Automobilstraßen, bei dem vorzugsweise Basaltspalt verwendet wird. Aus all diesen Gründen heraus hofft man, daß die Krise bald überwunden sein wird.

Der vollständige Zusammenschluß der Schotterindustrie in der Basalt-Union ist auch für die Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit. Zweifellos wird dadurch die Zusammenarbeit der Unternehmer wesentlich gefördert. Die Neigung zur Konzentration erhält dadurch eine weitere Förderung. Wenn auch eine ganze Reihe Unternehmungen in der Basaltindustrie vorhanden sind, so muß man aber immer bedenken, daß die Basalt-AG in Linz das Übergewicht hat. Neben den zahlreichen Tochtergesellschaften, die dieses Großunternehmen kontrolliert, wurde vor kurzer Zeit die Mehrheit des Aktienkapitals der Westermaldbrüche-AG in Bonn erworben. Die Basalt-Union dürfte zur Mehrheit von der Gruppe Basalt-AG beherrscht werden. Die Lehre, die sich für die Arbeiterschaft aus diesem Zusammenschluß ergibt, liegt offenbar zutage. Je mehr die Unternehmer sich zusammenschließen, je notwendiger ist für die Arbeiterschaft der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation.

Die große Offensive

In den nächsten Wochen wird die deutsche Industrie rund 1500 Geschäftsabschlüsse veröffentlichen. Darin erstattet sie uns Bericht über den finanziellen Erfolg im Wirtschaftsjahr 1927/28, natürlich soweit sie es für geboten hält. Aber diese Geschäftsberichte haben noch einen anderen Zweck. Die Industrie wird sie benutzen, um die große Offensive gegen die Sozialpolitik zu führen. Die bis jetzt erschienenen Geschäftsberichte lassen bereits vermuten, wie diese Offensive aussieht. Dafür nur zwei bezeichnende Beispiele. Die rheinische Bergwerksgesellschaft „Zukunft“, eins der größten Braunkohlenunternehmen, setzte entgegen aller Erwartung seine Dividende um 2 Prozent herunter. Die Zukunft hat im Jahre 1927/28 mit starkem Erfolg gearbeitet und konnte Produktion und Erlös stark erhöhen. Im Aufsichtsrat hat es dann auch einen Streit um die Herabsetzung der Dividende gegeben. Ein Teil der Aufsichtsratsmitglieder stellt sich auf den Standpunkt, daß die Verminderung der Dividende nicht geboten und nicht berechtigt sei. Trotzdem wurde die Dividende erniedrigt. Im Geschäftsbericht aber macht man die „steigende Soziallast“ für diese Maßnahme verantwortlich, die nach bestem Wissen und Gewissen eines Teils der Aufsichtsratsmitglieder überflüssig ist. Noch toller ist der zweite Fall, der sich bei den Berlin-Neuroder Kunstankalen ereignete. Auch dieses Unternehmen hat im Wirtschaftsjahr 1927/28 sehr gut abgeschnitten. Es ist vor allem für das laufende Jahr reichlich mit Aufträgen versehen. Die offenen, die ausgewiesenen Reserven machen bei einem Kapital von 1 Million Mark nicht weniger als 700 000 Mark aus; so daß die Firma selbst bei wirklichen Rückschlägen die alte Dividende hätte zahlen können. Man hielt es aber für angebracht, die Dividende zu halbieren und beruft sich natürlich auf „die steigenden Löhne und Soziallasten“. Nun ist bei den Berlin-Neuroder Kunstankalen wirklich ein, wenn auch nicht erheblicher finanzieller Ausfall zu verzeichnen. Dieser ist aber nicht durch die steigenden Lohn- und Soziallasten entstanden, sondern durch ein rein spekulatives Geschäft, durch den Verkauf von Wertpapieren. Es ist schon der Gipfel der Unerschämtheit, die Verantwortung dafür auf die steigenden Löhne und Sozialkosten abwälzen zu wollen, also auf die Arbeiter, auf jene, durch deren Mehrleistung der beim Börsengeschäft entstandene Verlust zum Teil ausgeglichen werden konnte.

Man sieht, das viele Geschreibe über verminderte Rentabilität infolge steigender Soziallasten hat Methode. Es erfolgt unter Einfluß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Man will nicht nur die Sozialpolitik der Gewerkschaften, sondern die Sozialpolitik überhaupt in Mißkredit bringen. Man will für verschiedene Maßnahmen die Wege ebnen und versteht unter diesen Maßnahmen in den ausschlaggebenden Stellen der deutschen Industrie die Neuregelung der Sozialfürsorge nach amerikanischem Muster. Hier will man einmal die nordamerikanischen Verhältnisse nachahmen, die Versicherungspflicht aufheben und es dem Arbeiter überlassen, wie er zur Zeit der Krankheit usw. fertig wird. Man laßt die Deffentlichkeit mit dem Versprechen, man könne bei Vorfall der Versicherungspflicht die Rentabilität erhöhen, und versucht dem Arbeiter einzureden, sein Lohn würde sich steigern, wenn er nicht mehr in die Krankentafeln zu steuern hätte. Leider haben sich sogar Parlamentarier wie weit in die Reihen der den Hirschen-Dunderschen Gewerkschaften nahestehenden Demokratischen Partei gefunden, die sich als Propagandisten dieser Idee und als Trommelschläger des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mißbrauchen lassen.

Für den Arbeiter empfiehlt es sich, die Dinge nüchtern und leidenschaftslos zu betrachten. Vor allem muß er sich darüber klar werden, daß die Aufhebung der Krankenversicherungspflicht keine Lohnserhöhung bedeutet. Die Arbeitgeber wollen doch an der Neuregelung nur ihre Beiträge einsparen. Andernfalls hätte doch die ganze Neuregelung für sie keinen Sinn. Der Arbeiter wird, wenn wir unsere Krankenfürsorge nach amerikanischem Muster gestalten und diese zur höchst persönlichen Sache des einzelnen Arbeiters machen, ohne weiteres jene Beiträge einsparen, die er jetzt wöchentlich bzw. monatlich abführt. Dafür übernimmt er unbegrenztes Risiko zur Zeit der Krankheit und dieses Risiko wird bei einer Gestaltung der Verhältnisse nach amerikanischem Beispiel größer sein als heute. Große Krankentafeln sind Organisationsinstrument mit dem ausgesprochenen Zweck, die Kosten für die Heilbehandlung, insbesondere die Arztkosten so niedrig zu halten, daß sie bezahlt werden können. In jedem Lande mit leistungsfähigen Krankentafeln liegen die Heilkosten angemessen niedrig. In den Ländern, wo es keine Krankentafeln gibt, sind sie unerschwinglich teuer. Der Vorsitzende des Hauptverbandes der deutschen Krankentafeln, Lehmann, hat auf dem letzten Krankentafeltag in Breslau über die Kosten des Heilverfahrens in Nordamerika recht überzeugende Angaben gemacht. In New York fordert der Arzt für eine Beratung in der Sprechstunde 8,50 Mark. Für seinen Besuch hat der Arbeiter 12,50 bis 21 Mark zu bezahlen. Sucht er einen Spezialarzt auf, so sind 21 bis 42 Mark fällig. Die Krankenhäuser nehmen einen Verpflegungssatz pro Tag von 10,50 Mark bis 17,50 Mark. Für die Zahnärzte errechnet sich ein Notdienst von 42 Mark pro Stunde.

Es steht fest, daß der nordamerikanische Arbeiter einen großen Teil seines Lohnes nach dem Arzt trägt. Dabei stehen die amerikanischen Löhne, verglichen mit den in Europa, außergewöhnlich hoch. Und doch verkommen jährlich über tausende von amerikanischen Arbeitern in Not und Elend, weil sie die Arztkosten nicht aufbringen können. Das für nur ein amtliches Zeugnis: der nordamerikanische Arbeitsminister hat eine Statistik für 1928 herausgebracht, wonach in den verarbeitenden Industrien der Vereinigten Staaten von Nordamerika Wochenlöhne von 108 Mark gezahlt werden. Der Minister hält aber diese Löhne für zu niedrig; sie müßten für eine Arbeiterfamilie mit 3 Kindern zum mindesten 180 Mark betragen. Ausdrücklich sagt der Minister dazu, daß dieser Lohnsatz unbedingt erreicht werden muß, wenn keine Gefährdung der Gesundheit eintreten soll. Das heißt doch nur, anders ausgedrückt, der Lohn, selbst des nordamerikanischen Arbeiters reicht nicht aus, um in Zeiten der Krankheit das erforderliche Heilverfahren zu garantieren. Der nordamerikanische Arbeiter kann, wenn er krank wird, zum Arzt gehen, falls er Mittel hat. Fehlen diese, so muß er sich den billigen Kurpfuschern überlassen. Andernfalls ist er auf Mitleidigkeit angewiesen. Der deutsche Arbeiter erwirbt sich durch die Einrichtung der Krankentafeln bei uns ein Recht auf Heilbehandlung. Er kann sie fordern und hat in der Einrichtung der Krankentafeln eine Selbstverwaltung, die seine Rechte wahrnimmt.

Was uns die deutsche Industrie so dringlich empfiehlt, und was für sie wieder jetzt in ihren Geschäftsabschlüssen sowie Aufwand, hoffentlich unnützlich, vertut, hat in Nordamerika bereits Bankrott ge-

macht. Man tutet uns — Gipfel aller Freiheit — zu, dieses hantelotte System auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen. Die Folge wäre nur, daß es dem deutschen Arbeiter in Krankheitsfällen ärger ergeht als den arbeitenden nordamerikanischen Arbeiter, die während der Krankheit in Not und Elend verkommen, weil sie für den Krankheitsfall keine Ersparnisse machen konnten. So verschob sich überhaupt die Fragestellung im Problem. Es kommt darauf an, ob bei was der Arbeiter ein Recht auf das Heilverfahren haben soll oder ob man ihn der Armenfürsorge überantworten soll. Wir glauben, daß der deutsche Arbeiter bei der Entscheidung der Frage, ob es in Deutschland in Zukunft eine Sozialversicherung oder nur Armenpflege geben wird, sich ohne weiteres für die Versicherung und das Recht auf Heilbehandlung entscheidet. In der Armenpflege hat die Zeit nach dem Kriege vieles geändert. Man spricht heute von Wohlfahrtspflege und doch ist schließlich der Geist der Armenpflege geblieben. In einer Einstellung unserer Sozialpolitik auf die Wohlfahrtspflege haben aber nur die Unternehmer Interesse, die so die Sozialkosten einsparen, und — das darf man vor allen Dingen nicht übersehen — die großen privaten Versicherungsgesellschaften. Denn diese rechnen damit, daß sich viele Arbeiter, soweit es ihr Lohnvermögen natürlich gestattet, nach Fortfall der Versicherungspflicht bei ihnen versichern lassen. Sie werden dann höhere Beiträge nehmen, viel geringere Leistungen aufbringen und im übrigen, ohne Kontrolle der versicherten Arbeiter, nach Gutdünken schalten und walten. Zweck ist dann nicht die soziale Tendenz, sondern jene andere Tendenz, aus dem Scherlein des versicherten Arbeiters einen möglichst hohen Profit herauszuwirtschaften. Wir vermuten auch, daß die große Offensive gegen die Sozialpolitik gerade von dieser kapitalistischen Unternehmung ausgeht und von ihnen reichlich, was die Propaganda in der bürgerlichen Presse angeht, finanziert wird. Dabin soll man die Klagen über steigende Soziallasten in den demnächst erscheinenden 1500 Industriebilanzen beurteilen.

Der Deutsche Landkreistag und der Landstraßenbau

Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Landkreistages, die am 6. und 7. September in Rostock stattfand, beschäftigte sich vorwiegend mit Straßenbaufragen. Die technische Seite der Straßenunterhaltung wurde in zwei Referaten von Professor Knipping, Darmstadt, und von Ministerialrat Dr. Ing. Sped, Dresden, behandelt, während der Vorsitzende des deutschen Landkreistages, Dr. v. Stempel, die organisatorischen und finanziellen Fragen der Landstraßenunterhaltung beleuchtete. Die Gedanken dieser drei Referate wurden in nachstehenden Beiträgen zusammengefaßt:

1. Die durch den Automobilverkehr zu neuer Bedeutung gelangten 180 000 Kilometer deutscher Landstraßen bedürfen in weitem Umfange einer schmerzlichen Anpassung an diesen Verkehr.
Die Unterlassung des Umbaus bedeutet eine Verschwendung von Betriebs- und Kapitalkosten der Kraftfahrzeuge und von anderen Kosten der Wirtschaft (Zeitverluste usw.). Sie wäre zugleich eine Verschwendung ungenutzter aufgewandter Straßenunterhaltungskosten und eine Verewigung der heutigen Staubplage.
2. Die Ausführung sogenannter „Naturautofstraßen“ als Fernstraßen ist vor dem Umbau des vorhandenen Landstraßennetzes noch zurückzustellen.
3. Am dringlichsten ist die Verbesserung der Straßendecken mit stärkerem Verkehr. Das sind weniger die Verbindungsstraßen der Verkehrsnotenpunkte als die Straßensindeln an jenen Punkten.
4. Die Wahl der Straßendecke muß sich nach genauer Berechnung ihrer Wirtschaftlichkeit im Einzelfalle richten.

Steinbrecher

Aus M. Schindler, Skizzen aus dem Elblandssteingebirge.
Einen kranken Steinbrecher besucht ein Freund und Arbeitskollege: „Nu, mei Herrmann, was ficht dich denn oa, willst du etwan Striä mach'n? Wie is dir denn?“
„Geward, mit mir wird's wu an längsten gedauert hon, ich bi schon ganz vo Kräft'n gekumm' — 's gibt 'n Ende zu.“
„Ra, Herrmann, du wirst doch is na ne de Pantuffeln stöhn lassen: mer sein doch alle beide na an best'n Joahr'n! Wenn's wird Summer sein, wirst du uf de Plage schon wieder gesund warn. D'n Mut ne ganz sint'n loss'n.“
„Ich weß ganz genau, wie bei mir de Fazen stöhn — do kimm'r reden, wie d'r wullt, und d'r Dukt'r is so drüber an reem'; heute früh stond 'r mit maner Froo an'n Hauwe, se hatt'n de Türe en Spaalt ufgeloffen, do zuck'r mit 'n Ahjeln und socht se unter saner Brille für su mittl'ig' oa — nu wußt 'ch ju genug. Wenn se übermorne düssen ei Ufer (in Oitrau) de Winternacht feiern und mit'n Glas'n bei euch lauten, do war' 'ch's wu überhanden hon.“
„Mad d'r of teene sicken (solchen) dumm' Gedanken — wu is denn deine Froo und de Kinder?“
„Die is mit'n Herrmann zum Obendmohle ei de Stadt — und de Kleen müssen 'ch düssen a d'r kleen Küche kümern, dos is ju aben — ich konn se goar nimme austöhn im wisch rim — und wenn 'ch se hier, do muß 'ch immer draa denk'n, wus met'n war'n sull — 's is e Elend — ene Froo mit fünf Kindern — eens is noch wjn Waage, und d'r ältste is nu aus d'r Schule — wie sull die durchkumm'?“
„Do mach d'r teene Sorg'n, ei unsen ganzen Elbdörfern is na niemand verhungert. — Wos hülte den mit dan Aelt'sten vür?“
„A, unfer Lehrer wullt'n gerne ufs Seminar bräng'n, ar hut en hallen Kupp und en guten Werts und hot's Exam' so sähre gut bestanden, ober nu wird nu nisch draus warn.“
„Schulmeister warn, dos sein zu große Kustken (Kosten) fer unseere. — Ich wü d'r woas soan — schid dan Jungen zu uns uf an Bruch — ich war ban Meister derfür sorg'n, doß 'r e hibsch paar Pfenge mit heembrengt, und wenn's aben ne zulang'n wi — na, do sein mer alle do — verluß d'ch druf.“
„Geward —“ dem Kranken versagt die Stimme, das ganze Elend seiner Familie und seines Berufes legte sich mit drückender Schwere auf sein Bewußtsein — mühsam leuchtend brachte er's hervor — „Gutt mog d'r'sch vielmols luhn.“

Das gute und schöne Buch

In diesen Tagen jährt sich die Gründung der Büchergilde Gutenberg zum vierten Male. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, der diese Buchgemeinschaft aller Werktätigen ins Leben gerufen hat, stellte sein Organisationsgerüst zur Verfügung, und bald wuchs ein Gebäude von ansehnlicher Höhe auf. Heute ist die Büchergilde Gutenberg nicht mehr nur eine Angelegenheit der Buchdrucker, sie hat Fuß gefaßt in allen Kreisen des schaffenden Volkes. Ihr gemeinnütziger Charakter wird überall anerkannt. Schriftsteller von Ruf freuen sich, ihre Manuskripte der Büchergilde Gutenberg anvertrauen zu können. Und die Buchkritik hat ihre abwartende Reserve aufgegeben und lobt mit Begeisterung Inhalt und Ausstattung der Büchergildenwerke.
Im Gegensatz zu anderen Buchgemeinschaften, die ihre Bezeichnung zu Unrecht tragen, ist die Büchergilde Gutenberg kein

5. Eine grundsätzliche Aenderung in der Vielgestaltigkeit der Trägerschaft der Unterhaltung ist in der gegenwärtigen Krisis und ohne Aenderung des Finanzausgleichs nicht möglich. Sie ist aus technischen Gründen nicht erforderlich und aus Gründen einer zweckmäßigen Verwaltung (Dezentralisation) abzulehnen. Die Uebernahme der Finanzierung einzelner schwerelasteter Strecken im Wege der Vereinbarung mit dem höheren Verband bleibt vorbehalten.
6. Der Umbau ist planmäßig vorzunehmen, d. h. im gegenseitigen Einvernehmen der benachbarten Straßenbauverwaltungen hinsichtlich der vorzugsweise auszubauenden Fernstraßen.
7. Die Erfahrungen der neuen Straßenbauwissenschaft sind zu sammeln und weitgehend zu verwerten.
8. Die bisher zur Verfügung stehenden Geldmittel sind unzulänglich. Die Bereitstellung erhöhter Mittel ist unbedingt notwendig, weil die Landstraßen in allen Ländern der Welt die wichtigsten Adern der Wirtschaft werden, und weil die deutsche Wirtschaft nicht zurückbleiben darf.

Die Geldmittel sind nicht mehr, wie jetzt, zu drei Vierteln aus allgemeinen Steuern (Gewerbesteuer und Grundvermögenssteuer vom städtischen und ländlichen Grundbesitz) zu entnehmen, sondern in erhöhtem Maße aus der Kraftfahrzeugsteuer. Sie ist zur Schonung der Automobilindustrie und der übrigen Wirtschaft als reine Benutzungsteuer nach Verhältnis der Ausnutzung des Fahrzeuges mit wesentlich erhöhtem Gesamtertrags auszubauen. Im übrigen sind Anleihen zu verwenden. Solange der Inlandsmarkt verschlossen ist, müssen angelegte der hervorragenden Produktivität der Anlage auch Auslandsanleiher zugelassen werden.

9. Wirksame Beschränkungen der Fahrzeug-Gewichte und -Abmessungen, sowie Vorschriften über eine die Straße möglichst schonende Bereifung sind nicht zu entbehren. Sonst werden die Kapitalinvestitionen im Straßenbau zum größten Teile vernichtet und die Unterhaltungskosten nebst den Steuerlasten ins Ungemessene getrieben.

Leider stehen der praktischen Anwendung dieser Leitfäden noch sehr große Hindernisse entgegen. Nichtsdestoweniger ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß der Wille, der diese Leitfäden gestaltete, in den kommenden Jahren seine Früchte tragen wird.

Besprechung über das Schlichtungswesen im Reichsarbeitsministerium

Die seit Monaten angekündigte Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden hat am 16. Oktober stattgefunden. Anlaß zu dieser Besprechung haben die vielen Kritiken gegeben, die seit Jahren gegen das Schlichtungswesen und insbesondere gegen die Verbindlichkeitsklärung gerichtet worden sind. Der Reichsarbeitsminister wollte aus dem Munde der Vertreter der beiderseitigen Vereinigungen hören, wie sie sich grundsätzlich zum Schlichtungswesen und der Verbindlichkeitsklärung stellen.

Zu der Aussprache hatten sämtliche Spitzenorganisationen Vertreter entsandt, insbesondere waren die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber überaus zahlreich erschienen.

Der Sprecher der Arbeitgeberverbände betonte, die deutschen Arbeitgeberverbände wären durchaus bereit, mit den Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, sie wären auch bereit zu ernsthaften verantwortungsvollen Verhandlungen über den Abschluß bzw. den Neuabschluß von Tarifverträgen. Jedoch legen die Arbeitgeberverbände außerordentlichen Wert darauf, daß die Tarifverträge nur in freien Verhandlungen abgeschlossen werden. Die Verbindlichkeitsklärung, also der staatliche Zwang, sei dem Verant-

wortungsgefühl beider Parteien, besonders aber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, überaus abträglich.

Von den Vertretern sämtlicher Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wurde übereinstimmend betont, daß auch sie die freien Verhandlungen durchaus dem staatlichen Eingreifen und der Verbindlichkeitsklärung vorziehen. Die tatsächlichen Erfahrungen hätten jedoch ergeben, daß das Verantwortungsgefühl und die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberverbände durchaus noch nicht soweit gediehen sei, daß man auf die Mitwirkung des Staates beim Abschluß von Tarifverträgen und auf die Verbindlichkeitsklärung verzichten könne. Die staatspolitische Seite des Problems der Verbindlichkeitsklärung wurde von den Gewerkschaften nicht angeschnitten. Es wurde vielmehr betont, daß das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitsklärung der Parteien genügende Freiheit für die Durchsetzung ihrer Forderungen lassen müsse. Der Staat dürfe, soweit nicht dringende Interessen des Allgemeinwohls dies erfordern, in die Maßnahmen und die Arbeitskämpfe zwischen Parteien eingreifen. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung nach wie vor in allen denjenigen Fällen erfolgen, wo sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. Was in diesem Sinne „notwendig“ bedeute, lasse sich keineswegs schematisch abgrenzen, weil diese Notwendigkeit sich eben nur aus den Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitslebens ergebe. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung insbesondere dann ausgeprochen werden, wenn etwa Arbeitgeberverbände sich grundsätzlich überhaupt gegen den Abschluß von Tarifverträgen wenden oder dann, wenn sozial schwache Gruppen außerstande sind, durch Arbeitskämpfe dem Widerstand der Arbeitgeberverbände zu brechen.

Reichsarbeitsminister Wiffel konnte am Schluß der Aussprache zusammenfassend feststellen, daß weder die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften noch diejenigen der Arbeitgeber grundsätzlich die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung verlangen. Um den berechtigten Wünschen der Parteien nach weitestgehender Freiheit beim Abschluß von Tarifverträgen entgegenzukommen und um das Verantwortungsgefühl beider Parteien zu stärken, sei es notwendig, die Schlichtungsverordnung strenger als bisher durchzuführen. Das solle in der Hauptsache nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

1. Die Behörden sollen die Parteien weitgehend bei der Vereinbarung tariflicher Schlichtungsinstanzen unterstützen. Die Behörden sollen das tarifliche Schlichtungswesen fördern.
2. Ein Schlichtungsverfahren auf Antrag einer Partei soll erst eingeleitet werden, wenn die antragstellende Partei vorher den ernsthaften Versuch unternommen hat, Verhandlungen über den freiwilligen Abschluß eines Tarifvertrags mit der Gegenpartei durchzuführen, dieser Versuch jedoch infolge Nichteinigung der Parteien oder infolge des grundsätzlichen Widerstands der anderen Partei gescheitert ist.
3. Die Einleitung eines beantragten Schlichtungsverfahrens soll mit eingehenden und ernsthaften Einigungsverhandlungen vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder dem Schlichter beginnen.
4. Mit der Einladung der Parteien zu diesen Einigungsverhandlungen soll nicht gleichzeitig die Einladung zu den eigentlichen Schlichtungsverhandlungen vor der Kammer verbunden werden. Vielmehr soll erst nach Scheitern der Einigungsverhandlungen der Termin für die Kammerverhandlungen bestimmt werden, der in der Regel ein bis zwei Tage später festgelegt werden soll, um den Parteien nochmals Gelegenheit zu geben, sich etwa in freien Verhandlungen zu verständigen und um dem Schlichtungsausschussvorsitzenden bzw. dem Schlichter die Möglichkeit zu geben, sich eingehend mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Berufe bzw. Industriezweige, in denen der Streit entstanden ist, zu befassen.
5. Bei der Bildung der Schlichtungskammer bzw. der Schlichterkammer sollen die Schlichtungsausschussvorsitzenden bzw. die Schlichter darauf hinwirken, daß die Beisitzer nicht oder wenigstens

Verlagsgeschäft unter falscher Flagge, sie arbeitet nicht nach Grundsätzen der Profitwirtschaft, und sie gewährt nur ihren Mitgliedern die Vorteile, die eben nur eine feste genossenschaftliche Organisation zu bieten imstande ist. Der monatliche Mitgliedsbeitrag von einer Mark berechtigt zum Bezuge eines Buches pro Quartal. Sechzig Bücher stehen jetzt zur freien Auswahl. Außer dem vierteljährlich fälligen Buch kann das Mitglied zu den gleichen Bedingungen Bücher in beliebiger Zahl beziehen. Die Büchergilde Gutenberg hat in der Hauptsache Normalbücher zu 3 Mark und eine Reihe größerer Bücher zu 4,50 Mark; außerdem hat sie eine Serie kleinerer Bücher zu 1,50 Mark laufen. Die erspähende Literatur marschiert an der Spitze, dann folgen die vollständig geschriebenen wissenschaftlichen Werke, die Reise- und Abenteuerbücher, die Versbücher und die bibliophilen Ausgaben. Vierteljährlich kommen in der Regel fünf neue Bücher hinzu, und die Zusammenstellung trägt den verschiedenartigsten Wünschen Rechnung.

Die Büchergilde Gutenberg hat sich die Aufgabe gestellt, von der zeitgenössischen Literatur das Beste zu bringen, das Wertvollste, das den Aufbruch zu einer besseren Zukunft in sich trägt. Aber ihr Programm umfaßt auch die unvergänglichen Werke der Weltliteratur, in denen das Ewigbleibende lebendig ist. Eine parteimäßige Bindung lehnt die Büchergilde ab. Sie fordert von ihren Mitgliedern kein politisches Glaubensbekenntnis, und bei der Auswahl der Bücher entscheidet nur die Antwort auf die Frage: Hilft dieses Buch, die Menschen besser und die Welt schöner zu machen?

Dieses Programm drückt sich auch in den Namen aus, die im Autorenverzeichnis der Gilde stehen. Brezang, Barthel, Schönlanke, Schröder, Wegner, Schrenzel, Joseph Luitpold, Ketz, Schütowski und Traven. Besonders B. Traven ist der Autor der Gilde. Seine mutigen Bücher über Mexiko haben alle bisherige Auffassung über dieses „Land des Frühlings“ über den Haufen geworfen. Da dieser prächtige Mensch und Schriftsteller außerdem hinreichend zu erzählen versteht, haben seine Bücher in kurzer Zeit hohe Auflagen erlebt. Seine Bedeutung hat bereits den großen Namen des abenteurerlichen Jack London eingeholt, von dem die Büchergilde eine mit Begeisterung aufgenommene Volksausgabe herausbringt. Im kommenden Jahre wird die Reihe der ausländischen Autoren beträchtlich erweitert. Rußen, Skandinavier und Schweizer sind bereits für die Büchergilde gewonnen.

Hand in Hand mit dem bedeutungsvollen Inhalt geht die vorbildliche Ausstattung der Werke. Bedeutende Buchkünstler zählen zu den Mitarbeitern der Gilde. Künstler von Rang haben die Illustration übernommen. Auch die Konturierung muß ohne Einschränkungen zugeben, daß niemand sonst in der Lage ist, so gute Bücher für so wenig Geld herzustellen. Von Woche zu Woche mehren sich die Stimmen der Fachleute und der Freunde des guten und schönen Buches, die der Idee und dem Werk der Büchergilde Gutenberg das höchste Lob singen. Von Monat zu Monat steigt die Mitgliederzahl und damit die Leistungsfähigkeit. Und von Jahr zu Jahr nähert sich die Büchergilde Gutenberg ihrem Ziele. Mitten in einer als „materialistisch“ verachteten Zeit hat sie eine neue Buchkultur geschaffen, hat sie den Sinn für Wert und Schönheit geweckt, hat sie dem schaffenden Volke die Gewißheit gegeben, daß es nur aus eigener Kraft Ideale in Wirklichkeit umsetzen kann.

Zwei bemerkenswerte Hinweise

gestützt auf bedauerliche Unfälle, bringt die Zeitschrift der Steinbruchsberufsgenossenschaft im Heft 19.

Eine volle Stunde warten! In 12 Meter Höhe über der Bruchsohle wurde an der Bruchwand ein 4 Meter langer und 4 Meter breiter Steinblock, um 5 Uhr nachmittags, nach Feierabend, zum erstenmal geschnürt. In Abständen von etwa je einer halben Stunde wurde der Stein dann noch zweimal geschnürt. Nach dem

dritten Schnürschuß wartete der Schieckmeister angeblich wieder eine gute halbe Stunde und schüttete ¼ Kilogramm Schwarzpulver mit dem Trichter ein, nachdem er vorher noch mit dem hölzernen Labestock in das Bohrloch gestossen hatte, um etwa glimmende Zündschnurteile zu erküden. Er wollte eben den Trichter aus dem Bohrloch ziehen, um die Zündschnur einzuführen und dann den Rest des Pulvers einzufüllen, als plötzlich eine Explosion erfolgte. Dabei verletzte ihn der Trichter an der rechten Brustseite, riß ihm die linke Gesichtshälfte weg und schnitt die Lufttröhre durch. Der Verunglückte ist seinen Verletzungen erlegen.

Als wahrscheinliche Ursache des Unfalls wird von dem Technischen Aufsichtsbeamten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft angenommen, daß das Bohrloch noch nicht genügend abgeflüht war. Vielleicht ist auch die vorzeitige Explosion durch das Vorhandensein von Resten nachglimmender Zündschnurstücke veranlaßt worden.

Hat der Schieckmeister gegen eine Vorschrift verstoßen? Ja! In den Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ist (§ 124) unter der Ueberschrift: „Schnür-, Kessel- und Lassetischen“ in Absatz 3 ganz klar vorgeschrieben:

„Die Bohrlöcher und Lassen dürfen vor Ablauf einer Stunde nach dem letzten Schusse nicht wieder geladen werden.“

Hätte der Schieckmeister diese Vorschrift befolgt, würde er wohl heute noch am Leben sein. Jeder, der mit Sprengstoffen zu tun hat — und gerade Schwarzpulver ist ein gefährlicher Sprengstoff — sollte wissen, daß die für die Sprengarbeit gültigen Vorschriften von sachverständigen Männern nach langen Beratungen aufgestellt und vom Reichsversicherungsamt geprüft und genehmigt sind. Was dort vorgeschrieben ist, muß unter allen Umständen befolgt werden. Wenn eine volle Stunde Wartezeit als notwendig erachtet worden ist, so ist eben für diese strenge, etwas lästige Vorschrift die Erfahrung maßgebend gewesen, daß eine kürzere Zeit nicht immer ausreicht, um die einmal oder gar mehrmals vorgeschossenen Bohrlöcher genügend ausflühen zu lassen oder glimmende Reste erküden zu lassen. Da die Vorschrift lautet: „Eine Stunde warten!“, ist niemand befugt zu sagen: „Eine halbe Stunde ist auch lange genug; ich fange schon an, Pulver einzufüllen.“ Die Folgen von solchem Besserwissen sind häufig Verkrüppelung oder Tod!

Die Schieckmeister sollen auch nicht nach ihrem Gutdünken glauben: „Eine Stunde wird ja wohl nun ungefähr herum sein“; sondern sie müssen mit der Uhr in der Hand feststellen, wann der letzte Schuß gekommen ist, und müssen genau kontrollieren, wann seitdem eine ganze Stunde vergangen ist. Vorher dürfen sie den Schuß nicht wieder laden.

Keine Unruhe beim Sprengen! In vielen größeren Steinbrüchen wird zu Frühtag und zu Mittag und des Abends nach Schichtschluß gesprengt. Dabei sind bisweilen 200—300 Schüsse abzugeben. Nun kommt es vor, daß ein einzelner Steinbrecher 10—15 Schüsse anzufesteln hat. Bei ruhigen, besonnenen Leuten kann es selten passieren, daß sie sich beim Anfesteln verzählen. Aufgeregte Leute kommen aber selten soweit, daß sie alle Schüsse anstecken, weil sie sich verzählen. Bei der gewöhnlichen Arbeit merkt man den Leuten in den seltensten Fällen an, daß sie nicht ruhig sind. Daher sollte jeder unbedingt daraufhin angesehen werden, ob er die nötige Ruhe für die Schieckarbeit besitzt.

In einem mir bekannten Bruche ereignete sich folgender Unfall: Der Schieckmeister hatte zum Anfesteln der Schüsse gelassen. Ein am Ausgang des Bruches beschäftigter Steinbrecher hatte drei Schüsse anzufesteln. In seiner Nervosität war er in dem Glauben, er hätte nur zwei Schüsse angesteckt, in Wirklichkeit hatte er aber alle drei angesteckt. Nachdem zwei Schüsse abgegangen waren, lief er hin und wollte den dritten auch anstecken. Er forderte einen Arbeitssameraden auf, ihm dabei behilflich zu sein. Als beide den Arbeitsplatz erreicht hatten, ging der Schuß los und tötete den Mann, während der andere mit Quetschungen davontam.

nicht ausschließlich aus dem Personenkreis entnommen werden, der mit der Führung des ausgebrochenen Interessenstreites selbst betraut ist. Vielmehr soll wieder größerer Wert darauf gelegt werden, daß als Beisitzer Personen von Arbeitgeberseite und von Arbeitnehmerseite mitwirken, die an dem unmittelbaren Interessensstreit unparteiisch sind, aber Verantwortungsgefühl besitzen und große Kenntnisse des Wirtschafts- und Arbeitslebens haben. Insbesondere sei es zu begrüßen, wenn man als Beisitzer Vertreter der beiderseitigen Spitzenorganisationen hinzuziehen würde.

6. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches soll regelmäßig nur auf Antrag einer Partei erfolgen, um zu erreichen, daß mindestens diese eine Partei die Verbindlichkeitsklärung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen von vornherein will.

7. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung von Amts wegen soll dagegen nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses erfolgen. Hier sollen sich die Schlichtungsinstanzen weitgehende Zurückhaltung auferlegen und nur dann eingreifen, wenn wichtige Allgemeininteressen gefährdet sind oder wenn die Streitparteien sich derart in ihren Kampf festgeklammert haben, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sie denselben vor der endgültigen Niederlage des einen oder andern Teils oder sogar beider Parteien beenden werden.

(Mitteilungen in der Tagespresse, daß in dieser Aussprache der Vorschlag, den Gewerkschaften das alleinige Recht zum Antrag auf Verbindlichkeitsklärung zu gewähren, nach kurzer Besprechung abgelehnt worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Die an dieser Besprechung beteiligten Vertreter des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben in der Aussprache diese Forderung überhaupt nicht erhoben. Der Vertreter einer anderen Spitzenorganisation hat diese Forderung nur angedeutet. Irgendeine Stellungnahme hierzu oder eine weitere Aussprache hierüber ist nicht erfolgt, und zwar schon deshalb nicht, weil sich diese Aussprache gar nicht mit der Aenderung des Schlichtungswezens befassen konnte, da Wünsche auf Aenderung des Schlichtungswezens an die gelegenden Körperschaften, also an den Reichstag, zu richten sind. Mit vollem Recht hat daher auch Reichsarbeitsminister Wißell darauf hingewiesen, daß die von einer Spitzenorganisation erhobene Forderung nach vollkommener Vereinfachung des gesamten Schlichtungswezens zwar sehr beachtlich sei, daß sie aber nicht gegenüber dem Reichsarbeitsminister, sondern im Reichstag erhoben werden müsse.)

Vom Jugendherbergswert

Die Einrichtung der Jugendherbergen ist im Laufe der letzten zehn Jahre, der Zeit, seitdem der Verband für Deutsche Jugendherbergen besteht, eine Angelegenheit geworden, die für alle Schichten der Bevölkerung von allergrößtem Interesse ist. 2300 Jugendherbergen zählt man heute in Deutschland. Drei Millionen Ueberrückstellungen konnten diese Herbergen im Laufe des letzten Jahres aufweisen. Es ist heute bereits eine Selbstverständlichkeit geworden, daß Jugendgruppen, ganz gleich, welcher Organisation und welcher Richtung, sich bei ihren Wanderungen der Jugendherbergen bedienen, ja, sich mit ihrem Wanderplan nach der Lage der vorhandenen Jugendherbergen richten. Der Träger dieses Jugendherbergswertes, der Verband für Deutsche Jugendherbergen, ist, wenn auch als freie Vereinigung gegründet, im Laufe der Entwicklung zu einer Art öffentlicher Einrichtung geworden. Seine Maßnahmen für die Ausgestaltung, die Einrichtung und Bewhaltung der Jugendherbergen sind infolgedessen keine innere Angelegenheit dieser Organisation mehr, sondern gehen die Allgemeinheit an. Unter diesem Gesichtspunkte sei nachstehend über die Ergebnisse des 10. Deutschen Jugendherbergstages, der am 3. September 1928 in Regensburg stattfand, berichtet.

Unter den Begrüßungen, die die Hauptversammlung des Jugendherbergswertes entgegennahm, nahm die Aulprache des Generalsekretärs, Ministerialrat im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, der als Vertreter der Reichsregierung anwesend war, einen besonderen Platz ein. Er konnte darauf verweisen, daß das Herbergswert im besetzten und besetzt zu werdenden Gebiet im Laufe des letzten Jahres dadurch einen besonderen Ausbau erfahren hat, daß aus den Mitteln die das Reich den Arbeitnehmern des besetzten Gebietes für erlittene Schäden während des Ruhrkampfes zur Verfügung gestellt hatte, auf Beschluß der Gewerkschaften elf Jugendherbergen errichtet wurden. Aus den Verhandlungen selbst seien nur folgende wichtige Beschlüsse wiedergegeben:

Da durch die Neuregelung der Fahrpreise eine erhebliche Erhöhung der Fahrten von Jugendgruppen, die bekanntlich in der Hauptsache die 4. Klasse benutzen, zu befürchten ist, richtet der Herbergstag an das Reichsverkehrsministerium das dringende Ersuchen, daß die im neuen Tarif vorgesehenen Sitzplatzzuschläge bei Jugendwanderungen nicht in Anrechnung kommen.

Die Unterrichtsministerien der Länder, in denen der monatliche Schulwandeltag noch nicht eingeführt ist, wurden gebeten, ihn vom nächsten Jahre an einzuführen und für die oberen Schulklassen die Zusammenlegung von mehreren Wandertagen grundsätzlich zu genehmigen. Die Gemeinden und Städte wurden ersucht, Mittel für mehr tägige Schulwanderungen bereitzustellen.

Da die Besichtigung von Museen, Schlössern und sonstigen Sehenswürdigkeiten in der Regel von ziemlich hohen Eintrittsgeldern abhängig ist, wandte sich der Jugendherbergstag an die Länder und Städte mit dem Ersuchen, den mit Ausweisen des Deutschen Jugendherbergswertes versehenen Jugendgruppen den Zutritt zu diesen Stätten soweit wie möglich unentgeltlich, sonst aber zu mäßigen Eintrittspreisen zu gewähren.

Ueber die Benutzung der Jugendherbergen durch Erwachsene (d. h. über 20 Jahre alte Personen) ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Grundsätzlich haben nur diejenigen Aelteren einen Anspruch auf Herbergbenutzung, die als Jugendführer mit einer Jugendwandergruppe kommen. Alle übrigen Aelteren können als Mitglieder des Jugendherbergswertes in den Jugendherbergen aufgenommen werden, soweit bis zu dem betreffenden Abend um 19 Uhr die Plätze der Herberge nicht durch Jugendliche belegt oder durch Voranmeldung von Jugendlichen verlagert sind. Nach 19 Uhr wird gleichberechtigte Herbergbenutzung für Jugendliche und Aeltere festgesetzt, und zwar in der Reihenfolge des Eintreffens.“

Jugendgruppen, deren Führer nicht in der Jugendherberge nächtigen, sollen in Zukunft keine Aufnahme in den Herbergen finden.

Vom Jahre 1930 ab soll in den Jugendherbergen die Benutzung von Bettwäsche bzw. Schlaffäcken obligatorisch sein. Heute werden noch in den meisten Fällen die Schlaffäcken unbenutzt benutzt. Es ist nur dringend zu wünschen, daß die Absicht des Herbergswertes in der vorgesehenen Zeit reiflos durchgeführt wird.

Das Reichsherbergswertverzeichnis soll in Zukunft bis zum 1. April eines jeden Jahres herauskommen und die Jahreszahl des Erscheinungsjahres tragen. Auf diese Weise soll in Zukunft Mißverständnisse, die aus dem zu späten Erscheinen des Herbergswertzeichnisses sich ergaben, vorgebeugt werden.

Zum Schluß sei noch zu bemerken, daß der Name des Verbandes umgewandelt wurde in „Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen“. Der Posten eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde neu geschaffen. Für ihn wurde der Genosse August Albrecht-Berlin von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend einstimmig gewählt.

Die bisherige Tätigkeit des Jugendherbergswertes hat im allgemeinen überall Anerkennung gefunden. Notwendig ist es aber zu sagen, daß in verschiedenen Teilen des Landes von Seiten der Arbeiterschaft auf die Mitarbeit in dieser Organisation noch nicht genügend Gewicht gelegt wird. Es müßte aber selbstverständlich sein, daß auch in dem Jugendherbergswerte die Arbeiterorganisationen entsprechend ihrer Stärke zur Geltung kommen. Die Mitarbeit am Jugendherbergswert ist eine dankenswerte Aufgabe. Von unserer Seite muß ihr mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.



Gesperrt:

5. Gau: In Detmold die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Bauoffizentrale Grottenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Dora Meier, früher Karl Meier in Hildesheim bei Detmold.

6. Gau Odenwaldbezirk (Merxstein- und Pflastersteingruppe). Zureife nach hier ist unangebracht wegen Entlassungen und Kurzarbeit. Auch ist in den strittigen Tarifpositionen noch keine Verständigung erfolgt.

Streit:

1. Gau N. Berlin. Durch den Streik der Berliner Steinbildhauer wurde der Tagelohnsatz von 15 Mark auf 16,50 Mark erhöht. Nicht bewilligt haben die Bildhauermeister D. Krüger, Wertplatz Berlin NW 40, Heidestraße, und K. L. Jäger, Berlin-Halensee, Heilbronner Straße. Diese beiden Wertplätze gelten als gesperrt.

Achtung, Kollegen! Es mehren sich wieder die Zahlstellen, die verlangen, wiederholt bekanntgemacht zu werden, damit an ihrem Orte jeder Zureifende, bevor er sich um Arbeit bemüht, Erkundigungen über die örtlichen Zustände beim Zahlstellenvorstand einholt.

Diese Orte können nicht alle namentlich aufgeführt werden, denn es besteht nach wie vor für jedes Verbandsmitglied eine solche Erkundungspflicht für jeden Ort und jede Branche. Wer diese Pflicht unbeachtet läßt, kann aus dem Verbandsausgeschlossen werden, wenn durch die Nichtbeachtung die Arbeiterinteressen der örtlichen Verbandsmitglieder gefährdet werden.

Darum Kollegen, übt gegenseitig Solidarität im Hinblick auf die Erzielungsmöglichkeit der einheimischen und zugezogenen Arbeitskräfte an jedem Orte.

Eine interessante Unterhaltung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fand vor einigen Tagen beim Lohnempfang in Gollnow statt. Einige Kollegen aus der hiesigen Zahlstelle, die beim Kreisauschuss als Steinschläger beschäftigt sind, fragten den Straßenmeister als zuständigen Arbeitgeber, wie es mit einer kleinen Zulage auf schlechtes Steinmaterial wäre. Das Folgende war seine Antwort: „Ihr seid doch gewerkschaftlich organisiert, und wie hoch ist der Beitrag, der ihr zahlt?“ Darauf ein Kollege: „90 Pfennig die Woche!“ „Seht ihr“, spricht da der Feldweibel aus wilhelminischer Zeit, „ganz schönes Geld, solltet es lieber zu anderen Zwecken gebrauchen oder in der Tasche behalten!“ Der Kollege machte nun dem Herrn klar, was die Organisation ihm für seinen Beitrag in Form von Unterstüßungen usw. gewährt. Wer nun aber glaubt, daß der Herr Straßenmeister sich mit der Antwort des Kollegen bescheiden hätte, der irrt sich; denn er sagte darauf, daß „der Verband hierorts in Lohnstreitigkeiten nichts ausrichten könne. Der Baumeister würde zu jeder Zeit mit Nichtorganisierten verhandeln und wäre auch nicht abgeneigt, eine Zulage zu bewilligen; für organisierte Steinschläger käme diese jedoch nicht in Frage“. Man kann aus der Unterhaltung ersehen, wie sich die Arbeitgeber in Pommern noch immer gegen die Organisation sträuben. Die Unterhaltung läßt doch deutlich durchblicken, daß von Arbeitgeberseite alles versucht wird, die Organisation möglichst niederzubrücken. Darum, Kollegen! Alles daransetzen, daß auch die noch fernstehenden — hauptsächlich die Steinschläger in Pommern — den Weg zur Organisation finden. Nur geschlossen sind wir der Willkür gewachsen.

Arbeitslose und kurzarbeitende Verbandsmitglieder. Im September wurden 4395 Arbeitslose = 6,9 Prozent, und 2010 Kurzarbeiter gezählt. Im vorigen Monat beteiligten sich 49 Zahlstellen nicht an der Zählung, im Berichtsmonat ist jedoch die Zahl auf 104 gestiegen. Wenn auch an Orte keine Arbeitslosen oder Kurzarbeiter vorhanden sind, so muß dennoch die Zählkarte eingeklebt werden. Für die Zukunft ist zu erwarten, daß die Zahlstellenvorsitzenden auch ohne besondere Mahnung die Zählkarten rechtzeitig bis zum 8. des laufenden Monats einenden.

Kollegen, lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinseger, Hammer, Silfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen.

Neandertal. Kürzlich erlitt hier ein Kollege neben anderen Verletzungen einen komplizierten Armbruch durch Ausrück einer Maschine von einer zirka 4 Meter hohen Böschung. Der Maschinist konnte sich durch Herauspringen retten, der Heizer nicht, er erlitt die eingangs erwähnten Verletzungen. Immerhin noch verhältnismäßig glimpflich, denn am Leben wird der Verunglückte bleiben. Die Ursache des Unglücks ist in der dem Abhang zu nahen Gleisanlage zu suchen. Knapp einen halben Meter vom Abhang mußte die Maschine bei Entgleisung die Böschung hinunterkippen. Die Firma ist zu achtlos und die Arbeitskollegen zu gleichgültig, melden nichts dem Betriebsrat, fahren lieber auf Leben und Tod.

Anschließend muß da die Berufsgenossenschaft durch ihren technischen Aufsichtsbeamten des öfteren einmal in dem Steinbruch Neandertal nach dem Rechten sehen. Den Kollegen kann nur immer wieder zugerufen werden: Seid auf eure Haut und eure Gesundheit und heile Knochen sind durch nichts zu ersetzen.

Hildesheim. Am 13. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. Die im 1. Punkt abgegebene Quartalsabrechnung wurde für richtig befunden. Als 2. Punkt wurde ein Rundschreiben der Zentrale zur Berlesung gebracht. Im 3. Punkt gab der Kartelldelegierte Kollege Jörerbauer den Bericht über Volkshausangelegenheiten. Diese für uns sowie alle freien Gewerkschaften wichtige Sache wurde auch gebührend besprochen und beraten. Vor allem die Bewirtschaftung des Volkshauses bedarf reiflicher Ueberlegung. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden abermals die Verhältnisse bei der Firma Dora Meier zur Sprache gebracht. Da einige Kollegen schon monatelang auf ihren rückständigen Lohn warten, wurde der vom Kollegen Jörerbauer eingebrachte Antrag, der besagt, dieser Firma keine Schonung mehr zu geben und die laufende Lohnlage zu Händen des Gauleiters oder des Kartellsekretärs zu legen, einstimmig angenommen. Ferner wurde noch beantragt, daß die Differenzen zwischen der Firma Schneiderwind und der Zahlstelle beseitigt sind, und zwar mit vollem Erfolg. Es konnten sogar noch einige Verbesserungen im Tarif erreicht werden. Zuletzt wurden noch zwei Eingaben der Zahlstelle an das lippsche Landespräsidium und an den Landtag verlesen. Die Zahlstelle sah sich zu diesen Eingaben veranlaßt, weil die lippsche Regierung, ohne die hiesige Steinindustrie zu berücksichtigen, ein beträchtliches Quantum Pflastersteine von außerhalb Lippe bezog, während hier ein Teil der Steinarbeiter erwerbslos ist. Zum Schluß erwähnte Kollege Klügge zum fleißigeren Versammlungsbesuch.



Verkehrszählung auf den deutschen Landstraßen. Vom 1. Oktober 1928 bis 30. September 1929 finden wiederum auf den deutschen Landstraßen umfassende, nach einheitlichen Grundrissen erfolgende Zählungen des Verkehrs statt. Die letzten Zählungen fanden in den Jahren 1924/25 statt, deren Ergebnisse in der großen Deutschen Landstraßenverkehrsstatistik niedergelegt sind. Die Leitung der Zählung und die Auswertung der Ergebnisse hat wiederum die Straßenbauverwaltung des Freistaates Sachsen (Ministerialrat Dr. Ing. Speck) übernommen. Die durch die erste Verkehrszählung gewonnenen Daten werden sich in günstiger Weise mit den neuer Ergebnisse vergleichen lassen. Allerdings soll die jetzt beginnende Verkehrszählung sich auf weitere Landstraßen erstrecken, als dies bei der ersten, 89 000 Kilometer umfassenden Zählung, der Fall war. Das Gesamtergebnis wird angefaßt der Kiesenarbeit wiederum erst in einigen Jahren zu erwarten sein.

„Der typifizierte Grabstein.“ Darüber schreibt die „Striegauer Volkszeitung“ vom 13. Oktober: „Die Baustille aller Zeiten haben ihren Ausdruck auch in der Grabmalerei gefunden. Die alten Römer errichteten ihren Toten wahre Paläste, die alten Griechen setzten die Körper ihrer Abgestorbenen in Tempel und würdige Totenhaine hinein. Auch im Mittelalter drehte sich die Gedankenwelt des mittleren Europäers Zeit seines Lebens um den Grabstein, die Heiligensprechung und das wohlüberlegte Familiengrab.“

Unser Zeitalter der Rationalisierung und Typisierung ist weniger mystisch als die Gedankenwelt der Vergangenheit. „Tempo!“ ist die Parole. Die Fabrik, die Grube, die Eisenbahn, das Flugzeug, heben sich die Gegenwart. Der Prolet ist Instrument, Objekt der Kunst, ein kleines Glied im Rad der rollenden Zeit.

Kein Wunder also, wenn die Stadt Frankfurt a. M. dazu übergegangen ist, neben dem Wohnungsbaun auch die Grabsteine zu typisieren. Man hat dort in städtischer Regie eine Reihe von „Typensteinen“ geschaffen, unter denen man sich auf Wunsch preiswert und billig begnügen lassen kann. Marmor kommt selbstverständlich bei dieser Massenware nicht in Frage; auf die „Kaufkraft“ der Interessenten hat man weitgehend Rücksicht genommen. Glanz und Polier sind zwar an der Schriftseite nur schwach vertreten, trotzdem soll die Wirkung des typifizierten Grabsteins, verstärkt durch die Gartenarchitektur, sehr würdig sein.

Der typifizierte Grabstein hat uns nach dem als Massenfabrikat erzeugten, aus England übernommenen typifizierten Sargnagel noch gefehlt!

„Erste Wirtschaftslage der schlesischen Granitindustrie“ lautet die nachstehende Notiz aus den Breslauer N. N. vom 8. Oktober 1928. Die Wirtschaftslage der schlesischen Granitindustrie (Pflasterstein- und Werksteinindustrie) ist, obwohl infolge des Streiks im Frühjahr dieses Jahres die Arbeit über zwei Monate geruht hat, gegenwärtig überaus gedrückt. Infolge Geldmangels bei den Behörden, die die ihnen für den Straßenbau zur Verfügung stehenden geringen Mittel bereits verbraucht haben, ist der Absatz überaus gering, so daß ein Teil Produktion schon seit geraumer Zeit auf Lager genommen werden muß. Die Lage der Industrie wird noch dadurch verschärft, daß einmal die schwedische und tschechoslowakische Konkurrenz, infolge ihrer bedeutenden geringeren Produktionskosten und ihrer günstigen Frachtwerte billiger anbieten kann, als die einheimische Industrie, immer drückender wird, und dann die Straßenbaubehörden in immer größerem Ausmaße zu modernen Straßenbelegen, wie Asphalt- und Zementdecken, übergehen. Die Erhöhung der Reichsbahnfahrpreise ab 1. Oktober d. J. wird eine weitere Einschränkung des Absatzes zur Folge haben, da die Mehrausgaben an Frachten naturgemäß eine Beschränkung der für den Steinbezug verfügbaren etatsmäßigen Mittel herbeiführen. Die Aussichten der schlesischen Granitindustrie für den Herbst und Winter sind demnach die denkbar ungünstigsten. Wenn sich der Absatz nicht bald wesentlich bessert, sind Arbeiterentlassungen und Betriebsstilllegungen in größerem Umfange in nächster Zeit unvermeidbar.

Lohnherabsetzung? In England haben sich die Eisenbahner zu einer Herabsetzung der Löhne um einige Prozent einverstanden erklärt, um so der Wirtschaft das Fortkommen zu erleichtern. Die deutschen Unternehmer warten sehnlichst auf den Augenblick, wo sie uns mit gleichen Vorschlägen näher treten können. Sollen, dürfen, können wir ihnen folgen? Schon einmal ist ein ähnlicher Versuch unternommen worden. Während der Inflation wurden die Kohlenpreise und die Löhne im Bergbau künstlich niedrig gehalten, um ein weiteres Ansteigen der Inflation zu verhindern. Was es genügt hat, weiß jeder. Deshalb, — wenn schon abgebaut werden soll, wäre es zweckmäßiger, bei den Preisen anzufangen; bei den Preisen, die heute wieder täglich in die Höhe klettern. Wenn wir die Gründe der Unternehmer für den Lohnabbau auf diesen Faktor an, dann könnten wir sagen:

Wollt ihr die Löhne herabsetzen, dann fangt einmal bei den Gehältern und Lantien an, wie es in England gemacht worden ist. Wollt ihr das nicht, dann geht mit den Preisen herunter. Die letzten Jahre der Rationalisierung legten euch längst die moralische Pflicht hierzu auf. Herabsetzung oder wenigstens doch Beibehaltung der Kraftstoffe, statt Erhöhung, dann kommen größere Mengen zum Versand. Das bringt vermehrte Einnahmen. Herunter mit den Posttarifen, damit der Geschäftsmann billiger seine Reklame versenden kann. Vermehrte Reklame bringen mehr Aufträge, bringen der Post gleichfalls vermehrte Einnahmen, vergrößert den Warenumsatz, belebt die Wirtschaft. Wenn so mit allen Waren verfahren würde, wenn Brot und Fleisch im Preise herabgesetzt würde, dann ließe sich auch eventuell über eine Herabsetzung der Löhne reden, wenn es dann noch notwendig ist.

Bis dahin — „verschone uns, o Herr mit deinem Segen!“

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist fortgeschritten! Die Demokratisierung der Wirtschaft, die von den Gewerkschaften gefordert wird und auf dem letzten Gewerkschaftstages das Hauptthema bildete, findet ihren Niederschlag in mannigfachen öffentlichen Erörterungen. Daran können auch die Vereinigungen der Unternehmer nicht vorbeigehen. Vor einigen Tagen war der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie versammelt. Aus den der Öffentlichkeit übergebenen Bericht ist ersichtlich, daß das geschäftsführende Präsidiumsmitglied, Geheimrat K a f f e l, sich auch mit dieser Frage beschäftigte. In dem Bericht heißt es hierüber: „Wiedereröffnung der wirtschaftlichen Rentabilität, Erleichterung der Kapitalbildung und Gewährleistung wirklich freier Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesamtheit der deutschen privaten Wirtschaft. In diesem Rahmen gab er einen Ueberblick über die bevorstehenden Arbeiten auf dem Gebiete der Finanz- und Steuerpolitik, der Sozialpolitik, des Kredit-, Bank- und Versicherungswesens, der Handels- und Zollpolitik, sowie bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft. Hier beschäftigte er sich insbesondere mit den Tendenzen der Wirtschaftsdemokratisierung, die dem wirtschaftlichen Fortschritt nicht dienen würden.“

Was die Unternehmer eigentlich der Forderung über die Demokratisierung der Wirtschaft an positiven Vorschlägen gegenüberstellen haben, wird leider nicht mitgeteilt. Man begnügt sich lediglich mit der Erklärung, daß die Wirtschaftsdemokratisierung dem wirtschaftlichen Fortschritt nicht diene. Eine derartige Feststellung haben wir von dieser Seite erwartet. Dennoch ist aller Grund vorhanden, immer weiter die Erkenntnis zu verbreiten, daß ohne ein Mitbestimmungsrecht der Hand- und Kopfarbeiter die wirtschaftliche Entwicklung nicht weitergehen kann. Der moderne Kulturarbeiter lehnt es ab, lediglich als stumpfes Arbeitstier zu gelten.

Elendsziffern! Im Waldenburger Kohlenrevier ist es zu ernstlichen Konflikten gekommen. Die Bergarbeiter dieses Reviers haben geschlossen die Arbeit niedergelegt. Sie gehören zur schlecht entlohnten Arbeiterschaft. Deshalb verlangen sie eine Lohn-erhöhung von 15 v. H. Wie es mit der Wohnungsnot dorther aussieht, geht aus einer Feststellung des Landratsamts Waldenburg hervor. Danach leben in Waldenburg 33 v. H. der Bevölkerung in einem Wohnraum; 38 v. H. haben ein Zimmer und eine Küche und 20 v. H. verfügen über zwei Zimmer und Küche. Nur etwa 9 v. H. der Bevölkerung haben eine größere Wohnung. Noch trauriger ist die Lage in den umliegenden Bergarbeiterdörfern. So leben in Dittersbach, Niederhermsdorf, Neuheim, Gottesberg, Weißstein von 100 Familien 34 bis 40 in einem Wohnraum. In der Gemeinde Oberwaldenburg sind es von 100 Familien 42, in Felshammer 50 und in Konradsdorf, Oberhermsdorf und Neulässig gar 58 Familien, die in einem einzigen Wohnraum zu leben gezwungen sind.

Bezüglich der gesundheitlichen Verhältnisse hat der „Vorwärts“ kürzlich geradezu aufreizendes Material veröffentlicht. Nach einem Bericht der Gemeinde Waldenburg sind 2,5 v. H. der Schulpflichtigen tuberkulös; 30 v. H. zeigen Zeichen von Strophulose; 1,9 v. H. haben Verkrümmungen der Wirbelsäule und 32 v. H. zeigen Vergrößerungen der Schilddrüse. Nach einer anderen Statistik waren von den untersuchten Kindern 30,6 v. H. krank; 8,8 v. H. litten ohne erstes Frühstück, 9 v. H. ohne zweites Frühstück und 6,2 v. H. konnte kein warmes Mittagessen gegeben werden. Auf das Bepferdort mußten 35 v. H. verzichten; ohne Abendbrot gingen 4,9 v. H. ins Bett; 3,2 v. H. der Kinder hatten kein Schuhwerk und 3,3 v. H. verfügten über keine Strümpfe. Ferner konnte festgestellt werden, daß bei 20,7 v. H. zu Hause nur einmal Bettwäsche vorhanden war. Von den untersuchten Kindern waren 1,4 v. H. der Winterkälte ohne schützenden Mantel ausgesetzt. Für 21,4 v. H. war überhaupt kein Hemd vorhanden. Das sind Elendsziffern, wie sie ein zweites Mal in Deutschland wahrscheinlich kaum festgestellt werden können. — Angesichts dieser Verhältnisse braucht man sich nicht zu wundern, daß die Langsam dieser Kampfs einmal reißt und sie stürmisch nach besseren Verhältnissen verlangen.

Ausländer über die niedrigen Löhne in Deutschland. Kürzlich waren eine Reihe englische Parlamentarier und Industrielle in Deutschland. Sie haben sich im Ruhrgebiet, an der Saar, in Berlin, Oberschlesien usw. umgesehen. Der Führer dieser Delegation gab einem Mitarbeiter der „Industrie- und Handelszeitung“ Erklärungen über seine Eindrücke in Deutschland. Nach einer Schilderung über das Ruhrgebiet heißt es in der Erklärung: „Nach dem Geschehenen will es mir scheinen, als ob die deutsche Industrie entschlossen ist, sich mit allen Mitteln durchzusetzen. ... Zugegeben, daß die deutsche Industrie unter wesentlich günstigeren Bedingungen arbeitet als die englische Industrie, die in höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und stärkeren Bedürfnissen der Arbeiterschaft ein Handicap findet, das für die deutsche Industrie nicht existiert, wo längere Arbeitszeit, niedrige Löhne und ein geringerer Lebensstandard der Arbeiter ein billigeres Produkt auf den Markt bringen und die deutsche Wirtschaft in den Stand setzen, mehr zu exportieren, als es uns in England möglich ist.“

Dieser Engländer ist nicht der erste Ausländer, dem die niedrigen Löhne in Deutschland auffallen. Es muß aber gerechter Weise zugegeben werden, daß es in Europa Länder gibt, deren Löhne die in Deutschland gezahlten nicht erreichen. Aber unsere Unternehmer stellen es so hin, als ob bei uns die höchsten Löhne bezahlt würden. Daß dies nicht der Fall ist, dürfte bekannt sein. Die Arbeitszeit ist in Deutschland länger als in anderen hochkapitalistischen Ländern.

Staubsauger und Scheuertuch. Neue technische Erfindungen sind nicht ohne Bedeutung für die einschlägigen Industriezweige. Früher gab es in der Lausitz eine gut florierende Scheuertuchweberei. Infolge der zunehmenden Verwendung des Staubsaugers sinkt naturgemäß der Bedarf an Scheuertüchern. Die betreffenden Spezialfabriken gehen deshalb einer starken Krise entgegen. Sie sind gezwungen, sich umzustellen und neue Bedarfsartikel in ihr Produktionsprogramm aufzunehmen; wenn dies möglich ist. Die hier in Erscheinung tretende Entwicklung der Technik wird ähnliche Widersprüche auf anderen Gebieten herbeiführen. Zweifelloserweise eine Frage von großer Bedeutung. Sie berührt das Standortproblem und die Verschiebung von Arbeitskräften in gleicher Weise.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- UND GAULEITUNGEN:

Bunfelde. Die Zahlstelle der Steinarbeiter Bunfelde hält am 27. Oktober eine Jubiläumfeier zu Ehren der alten und die Zahlstelle verdienten Kollegen ab. Auf eine vieljährige Mitgliedschaft können zurückblicken: Gauleiter Schmidt, Christ, 31 Jahre. Die Kollegen Kähler, Christian, Lieberwirth, Johann, Starf, Albrecht, Gewinner, Gg., je 29 Jahre. Letzterer kann leider die Feier nicht mit erleben, er weilt in Südamerika, doch wollen wir weiterhin seiner gedenken. Auf eine 27jährige Mitgliedsdauer blickt Eiban, Joseph. Die Kollegen Kraus, Johann, Siemeth, August, Giegler, Wolfgang, Bongraß, Alois, Pichert, Johann, Schäffel, Andreas, je 25 Jahre, und die Kollegen Grim, Frits, Kämpert, Andreas, Späling, Martin, Neupert, Konrad, Lang, Joh., je 24 und 23 Jahre. Die Kollegen der Zahlstelle werden gebeten, mit ihren Angehörigen zu unserem Fest reiflos zu erscheinen.

Stettin II. Der Steinseher Hans Sternberg (Buch Nr. 96068) hat im Winter 1927 umaufgefordert das Wohlfahrts-geld für seinen Bruder, den Kammer Arthur Sternberg, abgehoben und wird hiermit aufgefordert, das Geld auf seine 11ste Wege an den Zahlstellenkassierer Heinrich Mau, Stettin, Barnimstraße 51, zurückzugeben.

Nürnberg. Die Kollegen Hans Will, Granitsteinmeß, geboren am 23. 5. 1910 zu Bernau, und der Marmorsteinmeß Wilhelm Hron, geboren am 23. 1. 1894 zu Stezing (Südtirol) haben ihre Interimskarte in Unordnung liegen lassen und sind heimlich abgereist. Bei Auslaufen irgendwo gebührend empfangen. Beide haben auch sonst noch Verpflichtungen.

Gau II. Den Zahlstellen Niederschlesiens zur Kenntnis, daß die Wohlfahrtsbücher zur Abrechnung bis spätestens 24. November 1928 an mich einzuliefern sind.

Hermann Littmann, Kammer, Breslau, Wallischgasse 7/9.

Gute Bücher

Im Verlag unseres Verbandes erschienen:

1. „Der alten Steinmehrs Recht und Gewohnheiten“, verfaßt von Rudolf Wisell, Reichsarbeitsminister. Für Verbandsmitglieder kostet das Buch 1,50 Mark direkt vom Verlag. Für Private oder im Buchhandel 2,50 Mark.

2. „Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“. I. und II. Band bisher erschienen. Verfaßt vom Kollegen A. Knoll. Auch der III. Band wird in absehbarer Zeit erscheinen.

Der Inhalt des I. Bandes geht weit über den Rahmen einer engeren Organisationsgeschichte hinaus. Sein kultur- und fahistorischer Inhalt, reich illustriert, enthält viel Wissenswertes für die in der Steinindustrie und im Straßenbau tätigen Kollegen. Der Preis des I. Bandes beträgt für Verbandsmitglieder 8 Mark. Für Private oder im Buchhandel 10 Mark.

Diese Bücher eignen sich auch sehr gut zu Geschenkwenden. Keine Mitgliederzusammenkunft sollte versäumen, auf diese Werke aufmerksam zu machen und zum Kauf anzuregen.

NEUE BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTEN

Die alten Steinkreuze in Sachsen. Ein Beitrag zur Erforschung des Steinkreuzproblems von Dr. Ruffsch, Dresden. Verlag: Landesverein Sächsischer Heimatschutz, Dresden-Alt., Schlegelgasse 24. Preis 6 Mk. — In der Nr. 42 des „Steinarbeiter“ vom 20. Oktober brachten wir bereits eine kurze Darstellung mit Skizzen zur Erforschung der alten Steinkreuze aus der Feder des obengenannten Verfassers. Das vorliegende Buch enthält eine ausführlichere Behandlung der Steinkreuze; am besten zeigt das Inhaltsverzeichnis die Gliederung des eigenartigen Wertes: 1. Literarische Vorarbeiten zur Steinkreuzforschung. 2. Der sächsische Steinkreuzbestand von einst und jetzt. 3. Die äußeren Merkmale der alten Steinkreuze. 4. Urkundliche und mündliche Überlieferungen zur Steinkreuzforschung. 5. Von Zweck und Ursprung der alten Steinkreuze. Dann: Naturbilder nach photographischen Aufnahmen des Verfassers, ferner Verzeichnis über vorhandene Steinkreuze und verschwandene Steinkreuze. Die photographischen Aufnahmen der Verfassers sind wirklich vorzüglich, ja, künstlerisch! Man steht an den Bildern die Hingabe des Verfassers an die Sache, denn die Bilder kann man immer und immer wieder anschauen, sie nutzen an wie herrliche Gebilde und Bauden aus alter Zeit, zu denen man immer wieder gern greift. „Allwärts in deutschen Landen“ so heißt es in der Einleitung — „steht da ein Steinkreuz, stumpf und funktlos, altertümlich und verwittert ist sein Körper, Grob und roh war die Arbeit des Steinmehrs am ungeheuren Block. Tief hat sich das schwere Stück durch die eigene Last in den Boden eingedrückt. Verwittert, zerkratzt, beschnitten wurde es ebendrin durch untertunende Hände.“ Interessanter und anderer kann die Anschaffung des Buches von Dr. Ruffsch nur empfohlen werden. Auch im Papier, Druck, Ausstattung ist das Beste verwendet worden, wodurch der Preis als niedrig bezeichnet werden kann.

Das sozialistische Jahrhundert, Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bolsfeld. Heft Nr. 9. Preis vierteljährlich 60 Pfg und 15. Pfg. Porto.

„Wir stimmen neu die alte Welt“. Von Otto Kaufmann. Verlag Zentralverband der Zimmerer, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, 3. 47. Preis broschiert 2 Mark in Leinen gebunden 3 Mark. Illustrationen und Buchdruck in Toppasch von Karl Koch, Hamburg. — Der Verfasser schildert in dem Buch die Verhältnisse, in denen die Zimmerer in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts lebten. Im Mittelpunkt der Erzählung stehen die Erlebnisse eines jungen Menschen, der den Zimmererberuf erlernt, wandert, die Welt durchstreift und dabei von dem Sturmbel der Zeit erfaßt, die Leiden der Arbeiterschaft, ihre politische Redlichkeit schärft und an dem Aufstieg der Arbeiterklasse in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht mitpartizipiert. Die Schilderungen sind einzig in ihrer Art. Der Verfasser gemährt uns einen tiefen Einblick in den Kulturkampf der damaligen Zeit. Das Buch ist spannend und spannend bis zur letzten Zeile geschrieben. Der Verfasser, ein Zimmermann, hat es trefflich verstanden, die Sitten und Gebräuche, Leiden und Freuden der getriebenen Arbeiterschaft treffend und ungeschönt darzustellen. Das Buch ist eine Fundgrube von großem kulturhistorischem Wert. Die drucktechnische Ausstattung des Buches ist vorzüglich. Der bekannte Hamburger Künstler Karl Koch hat das Buch mit Illustrationen ausgestattet. Die Anschaffung ist besonders der jüngeren Generation zu empfehlen.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heimg, Berlin. August- und Septemberheft 1928. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatslich 1 Heft. Vierteljahrsabonnements 2 Mark. — Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Die Konjunktur. — Die Verteuerung der Früchte und des Personalverkehres. — Internationale Kapitalverbindung. — Der Tonfilm, Aktuelles Verzeichnis aus der Wirtschaftspraxis des Kapitals. — Zusammenbruch von C. G. Liebens Eidam. — Liste der Betriebsräte in Aufsichtsräten. Der W.-Z.-Dienst ist eine beachtenswerte Quelle, sich folgende Wirtschaftskenntnisse anzueignen.

„Handbuch des guten Tones und der feinen Sitten“ von R. v. Franken. 58. verbesserte Auflage (bisherige Auflage 300 000), 304 Seiten. Preis gebunden 3,50 Mk., Ganzleinen 5 Mk. Max Hesses Verlag, Berlin. Wenn ein Buch über den guten Ton in kurzer Zeit eine Auflage von 300 000 Exemplaren erzielt, so ist dies ein Beweis für das Bedürfnis dieses Buches, aber auch für seine Güte. Zweifellos sind unter Ton und einwandfreies Benehmen in jeder Zeit erstrebenswert. Von all den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereint, wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll gebunden und äußerst billig. Nicht von klutleren, heißen Förmlichkeiten, stets geht Höflichkeit mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwähnung wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedenfalls kann das Buch als besseres Geschenk zu jeder Gelegenheit, besonders zu Weihnachten, empfohlen werden.

Am Justizmoend vorbei. Der Fall Kölling-Haas. Dargestellt nach Gerichtsakten und Zeitdokumenten von Rechtsanwält Dr. Heinz Braun (Magdeburg). Vorwort von Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Gustav Radbruch (Heidelberg). 18 Bilder und 2 Familien. 271 Seiten. Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Preis 3 Mark. — Wer erinnert sich nicht dieser Magdeburger Justizaffäre! Kampf eines Unschuldigen um seinen Kopf! Der eigenartige Mörder in Schutz und Obhut bei einem Kriminalkommissar, einem Untersuchungsrichter und einem Landgerichtsdirektor. Eine Anklageschrift nennt Professor Radbruch die vorliegende Darstellung des Falles Kölling-Haas. Ein Bild von den Gefahren, die auch den Schuldlosen bedrohen, so genauhaft, daß man wünschen möchte, es könnte wenigstens in dem einen oder dem andern Punkt noch eine Verhütung erfahren. Ein spannender Kriminalroman ist dieses Buch — leider ein Roman aus der Wirklichkeit der Gegenwart. Besondere Freude macht die gute Ausstattung des Buches.

„Analen der Gemeinwirtschaft“. Internationale, in vier Sprachen erscheinende Zeitschrift. Literarischer Leiter: Edgar Wilhaud, Professor der Nationalökonomie an der Universität Genf. 2. Heft 1928. 120 Seiten. Jährlich vier Hefte. Bezugspreis 20 Mark pro Jahrgang. Kommissionsverlag für Deutschland und das deutschsprachige Ausland: Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. — Von der in vier Sprachen erscheinenden Zeitschrift liegt jetzt das zweite Heft des Jahrganges 1928 vor. Hervorgehoben aus dem interessantesten und reichhaltigsten Inhalt wäre besonders der Aufsatz von Ernst Kretschmer, Hamburg, „Die deutschen Länder als Unternehmerricht der privaten Wirtschaft“. Ihm schließt sich ein weiterer aktueller Aufsatz von Camille Worlicke, „Roboterform und Gemeinwirtschaft in der internationalen Kapitalverbindung“. Die Fortschreibung für Fragen der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, „Öffentlichkeit und private Unternehmen auf dem Gebiete der Gas- und Elektrizitätsgewinnung in England“. Die öffentlichen Arbeiter der Stadt Lyon und die Regelung des Arbeitsmarktes, ferner die öffentliche Arbeiterbewegung in Amerika. Die Durchführung des Groß-Britannien-Planes (England). Die Organisation des kommunikativen in Bulgarien. Die Gemeinwirtschaft kommt in den verschiedensten Formen zu immer größerer Bedeutung in unserem Wirtschaftsleben. Wer sich über diese Wirtschaftsform der Gegenwart im internationalen Rahmen dauernd unterrichten will, dem ist diese einjährgige Zeitschrift nur auf das wärmste zu empfehlen.

Die sozialen Organisationen und die Volkswirtschaft. Von Dr. Fiedler. Eine sozialökonomische Studie über die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitergewerkschaften und Arbeitgeberverbände. 260 S. 6 Mark. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. — Die letzten Gewerkschaftstages und einzelne Verbände haben gezeigt, daß die Gewerkschaften weit über ihre ursprünglichen Aufgaben hinauswachsen und immer mehr zu dem wichtigsten Element in der gesamten Sozialökonomie werden. Es gilt weiter als sicher, daß die Weiter- und Höherentwicklung der Sozialökonomie ohne die bestehenden sozialen Organisationen heute nicht mehr möglich ist. Und von den sozialen Organisationen sind die Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen die anerkannt großen treibenden Kräfte im sozialen Entwicklungsprozess. Dies erkennt auch der Verfasser in der vorliegenden Untersuchung an und stellt daher in seiner Darstellung die Arbeitergewerkschaften in den Vordergrund seiner Betrachtungen. Dann unterteilt Verfasser die heute zwischen den Organisationen der Arbeit und des Kapitals bestehenden Gegensätze und sucht diese zum Ausgleich zu bringen. In der vom Verfasser gezogenen interessanten Synthese erscheinen dann die Organisationen der Arbeiter und des Kapitals als die zünftigen Träger der gesamten Volkswirtschaft. In unserer Zeit der Auflösung alter Begriffe und der Neuformierung in der gesamten Volkswirtschaft nicht nur ein interessantes, sondern auch sehr aktuelles Buch, das jeder Gewerkschafter, Wirtschaftler und Politiker kennen muß, um die sozialen Veränderungen unserer Zeit richtig zu verstehen.

„Geschicht und Gesellschaft“, von Helmut Wagner. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Broschiert 1,50 Mark, in Ganzleinen 2 Mark, Vorzugsausgabe 2,75 Mark. Das Buchlein beginnt mit einer Kritik der herrschenden Zustände auf dem Gebiete des menschlichen Sexuallebens. Aus der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung heraus verläuft es unter Aufweisung der Verlogenheit der bürgerlichen Gesellschaft und der in den Hauptorganen ihres Staates verankerten Verlogenheit zutunfünftigen die Formen einer gesellschaftlichen Regelung der sexuellen Beziehungen der Menschheit und aller damit verbundenen Fragen im Sozialismus. Der „Geschicht und Gesellschaft“, abgeleitet. Das Werk ist auch technisch gut ausgestattet. Für Männer rät die „Urania“ anzuschaffen. Es empfiehlt sich überhaupt, Abonnent der „Urania“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft zu werden. Die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena, stellt gern kostenlos Probehefte und Prospekte, sowie Verzeichnisse der bereits erschienenen Werke zur Verfügung.

Lord Poleton. Originalabdringung von Prof. Jacobus Bessen. Die Verlagsanstalt des Deutschen Verkehrsverbundes hat die Radierung des Künstlers erworben und von erstklassigen Fachleuten auf Bütten abziehen lassen. Als Kunstwert ist es von seltener Wirkung und Stimmung; in seiner Lebendigkeit edel und rein. Es gibt den Stoff einer alten nordischen Ballade wieder. Der Bannerträger Lord Poleton wird dargestellt, wie er das Banner — das Symbol der See — im Fallen in die Erde wirft. Es bleibt weithin sichtbar für alle Mannen und reißt die Kämpfer nach vorwärts, trotz des Opferdes Poleton. Um Arbeiterkämpfern, Sportlern, Gewerkschaftern und anderen Kulturorganisationen den Erwerb dieses Kunstwertes zu ermöglichen, hat der Verlag eine Reproduktion in Kupferdruck herausgebracht, den Original in nichts nachsteht. Der Preis beträgt anderthalb 1 Mark, gerahmt 6 Mark. Lord Poleton ist guter Banddruck, eignet sich zu Geschenken für Jubilare der Arbeiterbewegung. Bestellungen erbeten an die Verlagsanstalt „Courier“ G. m. b. H. des Deutschen Verkehrsverbundes, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 4.

„Dabei in Europa“ von Frau Prof. Dr. Anna Siemen, Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Jena 1928. Reich illustriert mit 87 künstlerischen Aufnahmen und dem Bildnis der Autorin geschmückt kostet das Werk in Ganzleinen 4,80 Mk., in Ganzleinen 5,50 Mk. — Anna Siemen, die in kurzer Zeit belanngemorende Schriftstellerin — wir möchten nur an ihre beiden Werke: „Literarische Streifzüge durch die Entwicklung der europäischen Gesellschaft“ und „Das Buch der Wädel“ erinnern — hat jetzt wieder ein neues Werk geschrieben. „Dabei in Europa“ nennt sie das mit vielen künstlerisch wertvollen, seltenen Aufnahmen versehene Landeskundliche, Städte und Motive geschmückte Buch. Wirklich in Europa dabei sein, es kennenzulernen, ist das Leitmotiv zu diesem Buch. Die Verfasserin hat in diesen Blättern, die bildgeschmückt noch an Anschaulichkeit gewinnen, selbst jenes Programm zu erfüllen versucht, das sie bei der Kennzeichnung des Beobachters des Bürgerstums der schaffenden Bevölkerung gibt: Sie laßt die Reize einer Sozialistin, die zeigen, welche reiche Aufgaben und welche große Werte hier der Laie für sozialistische Geistesarbeiten. Es ist drucktechnisch ausgezeichnet ausgeführt. Alle Reproduktionen der Bilder kommen in großer Arbeit heraus. Es dürfte in dieser Ausstattung das beste und empfehlenswerte Geschenk werden. Jedem einzelnen kann es nicht dringend genug zur Anschaffung empfohlen werden.

ANZEIGEN

Achtung! Berlin-Steglitz-Schöneberg

Am Sonntag, dem 28. Oktober d. J., findet bei Schellhase, Berlin-Steglitz, Ahornstraße 15a, vormittags 10 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt.

Das pünktliche Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung. I. A.: W. Kühne.

Berlin

Die Zahlstelle M a a B, Bergmannstraße 97, ist eingegangen.

Die Kollegen werden ersucht, in Zukunft bei dem Kollegen H. Reglin, Berlin, Zossener Straße 11, ihre Beiträge an den Sonnabenden in der Zeit von 17—20 Uhr, und Sonntags in der Zeit von 10—12 Uhr zu begleichen.

Die Ortsverwaltung. O. Martens.

Berlin-Charlottenburg

Für die Mitglieder des Unterbezirks Berlin-Charlottenburg, findet am Sonnabend, dem 3. November d. J., 19 Uhr (7) bei Röhrig, Schloßstraße 45, eine Versammlung statt.

Das pünktliche und zahlreiche Erscheinen der Kollegen ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung. Edm. Taeger.

15 Steinsetzer-gesellen

für sofort nach Berlin gesucht
Rösel & May, Straßen- und Tiefbau, Berlin-Friedenau
Beckerstraße 21
Tel. Rheingau 8148

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau
liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden insolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion)

In Berlin am 4. Oktober der Hilfsarbeiter Waldemar Coppius, 55 Jahre alt, 6 Monate krank an Magenkrebs.

In Tiefenhein am 5. Oktober der Schichtmeister Otto Mutter, 24 Jahre alt, tödlich verunglückt.

In Danzig am 6. Oktober der Steinmeß Georg Simanowki, 47 Jahre alt, Herzschlag.

In Ströbel am 8. Oktober der Bohrer Heinrich Seiler, 50 Jahre alt, 11 Wochen zuerkrankt.

In Raffel am 11. Oktober der Steinseher Justus Müller, 51 Jahre alt, 1 Jahr lungen- und magenleidend.

In Striegau am 11. Oktober der Hilfsarbeiter Gustav Seeliger, 26 Jahre alt, tödlicher Unfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Stebold. Verlag Ernst Binkler, beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Dem Steinseher Jos. Lukas, geb. am 16. 8. 1905 in Branitz (Schlesien) darf kein neues Mitgliedsbuch ausgestellt werden; sein altes Buch (Nr. 87 656) lagert im Hauptbüro.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (N.-D.): Stolp i. Pommern. Vorj.: Willi Domke, An der Ladyschleuse. 1. Kass.: Karl Stolpmann, Große Gartenstraße 42. — Marienburg. Vorj.: Gregor Wensierki, Nogatweg 18. Kass.: Frits Richter, Fleischerstraße 28, Ghs.

1. Gau (N.-B.): Marne. Kass.: Julius Paulsen, Helfer Deich, Post Marne, Hofstein.

5. Gau: Annen. Vorj.: Albert Schaffner, Bebeststraße 48.

6. Gau: Freiburg i. Br. Vorj.: Joseph Droll, Gutramstr. 58, IV. — Tegernau. Kass.: Wilh. Oswald, Sollwed, Post Tegernau.

Mitwirkung der Betriebsvertretung bei Regelung der Arbeitsbedingungen

Der § 78 Ziffer 2 des Betriebsrätegesetzes bestimmt: „Der Arbeiterrat und der Angestelltenrat oder, wo ein solcher nicht besteht, der Betriebsrat, hat die Aufgabe, soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, im Benehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, namentlich auch

bei der Festsetzung der Afford- und Stücklohnätze oder der für ihre Festsetzung maßgebenden Grundsätze, bei der Einführung neuer Lohnungsmethoden, bei der Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen und Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit, bei der Regelung des Urlaubs der Arbeitnehmer und bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge im Betriebe.“

Ueber die Bedeutung dieser Mitwirkung des Arbeiterrates bzw. des Angestelltenrates sagt das Reichsarbeitsgericht in einem Beschlusse vom 11. Juli 1928 — RAG. RB. 18/28 — folgendes:

„Der Begriff der Mitwirkung hat das Arbeitsgericht aber in zureichender Weise im Sinne einer vertraglichen Teilnahme an der Festsetzung von Beginn und Ende der Arbeitszeit ausgelegt, also in dem gleichen Sinne, in dem auch in den Bestimmungen des § 66 Nr. 9 und des § 78 Nr. 2 B.R.G. dieser Ausdruck zu verstehen ist. Eine solche Mitwirkung hat... nicht stattgefunden. Die Betriebsleitung war in der Lage, den Weg des § 75 B.R.G. zu beschreiten, falls eine Verständigung mit dem Antragsteller nach ihrer Meinung nicht zu erreichen war.“

Diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist von außerordentlicher und weittragender Bedeutung. Das höchste deutsche Gericht in Arbeitsachen erkennt hiernach die Mitwirkung der Betriebsvertretung als eine vertragliche Mitwirkung an. Dadurch entsteht bei dem Abschluß von Arbeitsverträgen, soweit deren Inhalt nicht durch Tarifverträge unmittelbar und unabdingbar bestimmt wird, ein sogenanntes dreieckiges Vertragsverhältnis. Der Arbeitsvertrag kommt gewissermaßen in folgender Weise zustande:

Arbeitgeber und Betriebsvertretung einerseits und Arbeiter andererseits schließen den Arbeitsvertrag ab. Fehlt die vertragliche Mitwirkung der Betriebsvertretung, dann ist der Arbeitsvertrag insoweit unwirksam, als er nicht durch Tarifvertrag oder Arbeitsordnung oder Betriebsvereinbarung oder sonstige Dienstvorschriften, die bereits zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung vereinbart sind, bestimmt wird. Will also z. B. der Arbeitgeber auf Grund behördlicher Genehmigung die Arbeitszeit verlängern oder will er Arbeitszeiterhöhung (Kurzarbeit) oder Aussetzen der Arbeit an einzelnen Wochentagen mit den Arbeitern vereinbaren, und ist sein Recht hierzu nicht etwa bereits in der Arbeitsordnung oder in einer Betriebsvereinbarung oder in sonstigen Dienstvorschriften mit der Betriebsvertretung vereinbart, dann kann der Arbeitgeber allein mit den Arbeitern rechtswirksam derartige Vereinbarungen überhaupt nicht treffen.

In einer weiteren Entscheidung vom 4. Juli 1928 — RAG. 45/28 — die gewissermaßen eine Ergänzung der vorstehend besprochenen RAG-Entscheidung darstellt, hat das Reichsarbeitsgericht die Auffassung vertreten: soweit und solange der Mantel-tarifvertrag keine Bestimmungen trifft, sondern nur den Rahmen bildet, kann und muß unter Umständen sogar für die einzelnen Betriebe eine besondere Regelung durch Betriebsvereinbarung erfolgen.

Aus diesen beiden Entscheidungen ergibt sich keine Änderung der herrschenden Meinung, wonach die Belegschaftsangehörigen an eine zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung abgeschlossene Betriebsvereinbarung nicht gebunden sind. Es ist immer noch freier Wille des Arbeiters, ob er sich einer solchen Betriebsvereinbarung unterwerfen will. Aber eine rechtsgültige Vereinbarung über Änderungen des Arbeitsvertrages der vorstehend besprochenen Art ist zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überhaupt nur unter Mitwirkung der Betriebsvertretung möglich, entweder indem bereits eine gültige Betriebsvereinbarung hierüber vorhanden ist oder indem eine derartige Betriebsvereinbarung neu abgeschlossen wird. Infolgedessen kann der Arbeitgeber ohne die Betriebsvertretung irgendwelche von den Tarifverträgen oder der Arbeitsordnung abweichende Vereinbarungen, soweit diese nicht schon durch die Tarifverträge ausgeschlossen sind, auch darüber hinaus überhaupt nicht mehr rechtswirksam mit den einzelnen Arbeitern vereinbaren. Das Direktionsrecht des Arbeitgebers hat damit weitgehend an Selbständigkeit verloren. Nur Arbeitgeber und Betriebsvertretung zusammen können dieses Direktionsrecht ausüben. Wenn z. B. Belegschaften auf die Vereinbarung von Kurzarbeit oder von Aussetztagen nicht eingehen wollen, und wenn vor allen Dingen die Betriebsvertretung die Auffassung des Arbeitgebers nicht anerkennt, dann ist der Arbeitgeber außerstande, solche Maßnahmen zu treffen. Trifft er sie trotzdem, dann behalten die Arbeiter ihren vollen Lohnanspruch. Infolgedessen bleibt dem Arbeitgeber nur übrig, zu Entlassungen zu greifen. Derartige Maßnahmen haben aber wiederum zur Folge, daß entweder die Entlassungsschutzbestimmungen der Betriebsstilllegungsverordnung oder die Entlassungsschutzbestimmungen der § 84 ff. und 96/97 B.R.G. eingreifen. Um auch über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, würde der Arbeitgeber zu einer Aussperrung greifen müssen. Soweit im Tarifvertrag eine regelmäßige Wochenarbeit vorgesehen ist, würde nun wiederum der Arbeitgeberverband verpflichtet sein, auf sein Mitglied wegen Einhaltung dieser Arbeitszeit einzuwirken.

Aus allen diesen Gründen bleibt dem Arbeitgeber nichts anderes mehr übrig, als sich mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften zu verständigen. Die sich aus der Auffassung der beiden RAG-Entscheidungen ergebende Lösung aller Schwierigkeiten ist daher jeweils eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften in allen Fällen, wo sich aus betrieblichen Notwendigkeiten Änderungen der betrieblichen Arbeitsbedingungen nicht vermeiden lassen. Dieses Ergebnis entspricht vollkommen dem Sinn und Zweck des kollektiven Arbeitsrechtes. Es bleibt nun nur noch abzuwarten, ob sich das Reichsarbeitsgericht selbst über diese Konsequenzen seiner beiden Entscheidungen vollkommen klar geworden ist. Jedenfalls sind die beiden RAG-Entscheidungen für die Betriebsvertretungen und die Gewerkschaften von ganz außerordentlicher Wichtigkeit und es ist dringend zu empfehlen, sich in allen einschlägigen Fällen den Arbeitgeberverbänden bzw. den Arbeitgebern gegenüber auf diese beiden RAG-Entscheidungen zu beziehen.

Die Höhe des Reallohns

Auf die mannigfaltigste Art wird versucht, durch Indexberechnungen die Höhe des Reallohns zu erfassen. Für den Lohn- oder Gehaltsempfänger ist nicht die Höhe der Geldlöhne maßgebend, sondern dessen Kaufkraft. Das Statistische Reichsam gibt bekanntlich allmonatlich die Höhe der Lebenshaltungskosten bekannt, die aber ungenau sind, weil sie nicht alle notwendigen Ausgaben erfassen. Es fehlen darin wichtige Posten, wie Steuern, Versicherungsbeiträge und vieles andere. Ferner ist der Lebenshaltungsindex auf die primitivsten Bedürfnisse eingestellt. Würde der Lebenshaltungsindex vollständig sein, so könnte man einen Maßstab des Reallohns errechnen, wenn man ihn mit den tatsächlich gezahlten Löhnen in ein Verhältnis bringt. Auch die so errechnete Indexziffer würde natürlich nicht für alle Lohn- und Gehaltsempfänger passen, aber doch wenigstens eine Grundlage bieten.

Maßgebend ist vor allem die zur Fristung des Lebensunterhalts verausgabte Arbeitskraft bzw. die dafür geleisteten Arbeitsstunden. Eine Berechnung hierüber anzustellen, ist sehr schwer, weil die Unterlagen zum größten Teil noch mangelhaft sind. Der allergrößte Teil des Arbeitseinkommens wird für Lebensmittel ausgegeben. Doch spielen die Aufwendungen für Wohnung, Kleidung usw. eine nicht geringe Rolle. Wir haben unten den Versuch gemacht, bezüglich dieses Teiles der notwendigen Ausgaben einen Vergleich mit dem Einkommen zu ziehen. Zur Unterlage wurden die Mitteilungen des Statistischen Landesamts Hamburg genommen. Dieses Amt gibt in der Monatschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ laufend die Kleinhandelspreise und die Tariflöhne der wichtigsten Arbeitsgruppen bekannt. Wir haben aus diesen Mitteilungen einiges herausgegriffen und die Zahl der Arbeitsstunden berechnet, die geleistet werden mußten, um die Wohnungsmiete zu bezahlen und die betreffenden Kleidungsstücke zu erwerben. Die jeweiligen Tariflöhne der angeführten Arbeitergruppen sind aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich. Zu bemerken ist, daß wir bei der Gruppe Maurer und Zimmerer den Durchschnitt genommen haben. Bei den ungelerten Arbeitern handelt es sich um solche auf Seeschiffswerften.

Table with 5 columns: Category, 1. Juli 1914, 20. April 1927, 15. August 1928, and a column for unlearned workers. Rows include Schloffer, Möbelschleifer, Maurer und Zimmerer, Herrenschneider, and Ungelernte Arbeiter.

Die nun folgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die Preise zu den angegebenen Terminen. Es braucht nicht weiter gesagt zu werden, daß es sich hier um die allerbestehenden Ansprüche bezüglich der Wohnung und Kleidung handelt:

Table with 3 columns: Category, 20. April 1927, 15. August 1928. Rows include Wohnung von 2 Zimmer u. Küche, Herrenanzug, Knabenschulanzug, Frauenchicotrad, Mädchenkleid, Weiße Wäsche, Baumwoll. Männerflanellhemd, Frauenstrümpfe, Männerstiefel, Frauenstiefel, Kinderstiefel, Sohlen und Absätze.

Nimmt man die oben mitgeteilten Löhne, so ist es nicht schwer zu berechnen, wieviele Arbeitsstunden aufgewandt werden mußten, um diese kleine Wohnung und diese bescheidenen Kleidungsstücke zu erwerben. Man erhält dann ungefähr einen Maßstab von der Realkaufkraft des Arbeitslohnes. Nachstehende Tabelle vermittelt eine Uebersicht über die zu leistenden Arbeitsstunden:

Table with 5 columns: Category, 1913/14, 1927, 1928. Rows include Wohnung, Herrenanzug, Knabenschulanzug, Frauen-Chicotrad, Mädchenkleid, Weiße Wäsche, Männerflanellhemd, Frauenstrümpfe, Männerstiefel, Frauenstiefel, Sohlen und Absätze, Kinderstiefel.

Was ergibt sich nun aus dieser Zusammenstellung? In der Höhe der Wohnungsmiete findet die Wohnungswirtschaft ihren Ausdruck. Es ist heute ein verhältnismäßig geringerer Aufwand als vor dem Kriege notwendig, um die Wohnungsmiete der Wohnungen zu bezahlen. Anders sieht es bei den Kleidungsstücken aus. Trotz der erhöhten Löhne müssen mehr Arbeitsstunden als in der Vorkriegszeit geleistet werden, um gleichwertige Kleidungsstücke zu erhalten. Nehmen wir z. B. den Herrenanzug, so hat der Schloffer dafür 12 Stunden länger zu arbeiten. Beim Knabenschulanzug besteht ungefähr das gleiche Verhältnis. Bei den oben genannten Wäscheartikeln haben die Löhne mit den Preissteigerungen ungefähr Schritt gehalten. Eine verhältnismäßig günstige Preisentwicklung zeigt das Schuhwerk. Die gelernten Arbeitergruppen brauchen nicht ganz so lange zu arbeiten, um ein paar Schuhe zu erwerben. Umgekehrt ist es bei den ungelerten Arbeitern. Hier ist die Realkaufkraft bei allen Punkten schlecht.

Wenn man die Ausgaben für Kleidung und Wäsche zur Unterlage nimmt, so ist eine Senkung des Reallohns gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Lehrreich ist auch die Gegenüberstellung von 1927 und 1928. Die Entwicklung der Reallohne der einzelnen Arbeitergruppen ist nicht gleichmäßig. So scheint es, daß an der Kleidung gemessen, die Reallohne der Gruppen Möbelschleifer, Maurer und Zimmerer und Herrenschneider gesunken sind. Für die Schloffer und ungelerten Arbeiter kann wohl eine geringe Erhöhung festgesetzt werden. Die Preise für Schuhwerk scheinen allgemein etwas gestiegen zu sein. Nicht ganz so ungünstig wie bei den ungelerten Werftarbeitern liegen die Lohnverhältnisse bei den übrigen ungelerten Arbeitergruppen Hamburgs.

Die Verhältnisse in Hamburg mögen nicht überall als Maßstab anzulegen sein. Aber auch in anderen Städten wird es keine großen Abweichungen davon geben. Betrachtet man an Hand obiger Berechnungen die Lage der Arbeiterklasse, so erscheinen die großen Arbeitskämpfe in der Gegenwart in einem ganz anderen Licht. Auch in Zukunft muß die ganze Kraft starker Gewerkschaftsorganisationen aufgewandt werden, um eine Besserung zu erreichen. Sofern die Preise keine Senkung erfahren, bleibt kein anderer Weg als der der Lohnerhöhung.

Verbrauchsumschiebung infolge geringerer Realkaufkraft

Während der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels sprach Herr Alfred Tieg, der Leiter des Warenhauskonzerns Leonhard Tieg, Köln, über das Thema: „Der Einzelhandel in Form des Warenhauses“. Dabei machte Redner über die Umschichtung auf Grund genauer statistischer Unterlagen sehr interessante Angaben. Im Warenhauskonzern Tieg, Köln, hat der Umsatz, wenn man die Ergebnisse der Jahre 1927 und 1913 in Vergleich setzt, ziffernmäßig eine Verdoppelung erfahren. Da im allgemeinen die Waren gegenüber der Vorkriegszeit rund 50 v. H. mehr kosten, so ist also eine Umschichtung in den 14 Jahren von rund ein Drittel eingetreten. Ueber die Umschichtung der einzelnen Gruppen von Waren machte Tieg folgende Angaben:

„Der Umsatz in Meterwaren (Seide, Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Weißwaren, Tischwäsche, Futterstoffe) ist (steits nach Markt und Pfennig gerechnet) um 136 v. H. gestiegen. Der Umsatz an fertiger Herrenware (Herrenkonfektion, Knabenkonfektion, Herrenwäsche, Herrenhüte, Krawatten) um 94 v. H. Der Umsatz an fertigen Damenwaren (Damenwäsche, Pelzwaren, Korsetts, Schürzen, Puz, Damenkonfektion, Mädchenkonfektion, Spitzen, Posamenten, Modewaren, Band, Wollwaren) um 54 v. H. Der Umsatz an fertiger Textilware (Tapiserie, deutsche Teppiche, Orientteppiche, Baststühle, Linoleum, Gardinen, Dekorationsstoffe, Tritotagen, Stoffhandschuhe, Lederhandschuhe, Strümpfe, Kurzwaren, Wolle, Schwämme und Taschentücher) bis um 119 v. H.“

Der Umsatz an Hausrat und Möbeln stieg um 85 v. H., der an Schuhen um 110 v. H., der an Geschenkartikeln um 64 v. H. und der an Lebensmitteln um 233 v. H.

Schon aus diesen Zeilen geht die starke Strukturveränderung des Konsums hervor. Das deutsche Volk ist ärmer geworden. Es muß die paar Pfennige, die zur Verfügung stehen, mehr als bisher für lebensnotwendige Gegenstände ausgeben; Anwachsen des Konsums an Lebensmitteln, Rückgang des Konsums an Geschenkartikeln und Luxuswaren, ebenso an fertigen Damenwaren, da die praktische deutsche Hausfrau sich diese zum Teil durch Verarbeitung von Meterwaren selbst verfertigt.“

Daß bei der Umschichtung auch die Mode und der in- zwischen erfolgte Umschwenk in der Kleidung usw. eine Rolle spielt, geht daraus hervor, daß der Absatz an Kunstseidenstoffen eine Steigerung von 222 v. H. durchgemacht hat. Der Absatz an Strümpfen infolge der kurzen Röcke steigerte sich um 285 v. H. Tieg stellt ganz richtig fest, daß die Realkaufkraft des deutschen Volkes gesunken ist; was auch daraus zu ersehen ist, wenn man den Wert des einzelnen Kaufbons 1927 mit dem von 1913 in Vergleich bringt. Der Wert des einzelnen Kaufbons ist um 27 v. H. gestiegen. Da aber der Preis der Ware um rund 50 Prozent höher liegt, so ist die Kaufkraft gezwungen, mangels ausreichender Einkünfte um 15 v. H. geringwertigere Ware zu kaufen als in der Vorkriegszeit. Die Verdoppelung der Umschichtung ist dadurch erzielt worden, daß die Käuferzahl um 50 v. H. zugenommen hat. Die Angaben des Herrn Tieg deuten sich ungefähr mit dem, was die Gewerkschaften im allgemeinen behaupten, daß nämlich die Realkaufkraft der deutschen Bevölkerung die Vorkriegeshöhe noch nicht erreicht hat.

Gemeinwirtschaft gegen Kartellwirtschaft

Es ist kein Geheimnis mehr, daß in den Kreisen der freien Wirtschaft eine Gebundenheit der Unternehmungen herrsche, welche nur dem kräftigsten Egoismus dient. Und je mehr die Führer der freien Wirtschaft gegen die des Staates und der Gemeinden und nicht zuletzt gegen das Genossenschaftswesen ankämpfen, desto mehr verbreitet sich die Erkenntnis, daß dies nicht im Interesse der Volkswirtschaft, also der Allgemeinheit liegt, sondern in dem der Industrie.

Die Industrie- und Handelskartelle sind nach dem Kriege wie Pilze aus dem Boden geschossen, nicht um zu „rationalisieren“ im Allgemeininteresse, sondern um den von allen Seiten gefährdeten Profit zu sichern und zu mehren. Darum die Kartellgesetzgebung der deutschen Republik, welche wenigstens die allergrößten Auswüchse unmöglich macht, ohne aber wirklich das Instrument zu sein, das die Allgemeinheit vor dem Industrierittertum der Kartelle und Monopole schützt.

Eine Zeitlang schien es, als ob der Großhandel aus Eigeninteresse sich in Oppositionstellung gegenüber den Industriefartellen befände. Vielleicht war es auch tatsächlich so. Aber die Industriefartelle müssen die Stärkeren gewesen sein, denn auf der kürzlich abgehaltenen Herbsttagung des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Ueberseehandels wandte man sich gegen eine weitgehende Beaufichtigung der Kartelle durch die Gesetzgebung. Gründe: 1. Ist man bei der Lieferung von der Industrie abhängig, 2. Bestehen auch Handelskartelle, die aus der gleichen Wurzel Profitgierung sich entwickelt haben, wie die Industriefartelle und naturgemäß in der Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft die grundsätzliche Interessengemeinschaft mit der Industrie erblicken. Fazit: Industrie- und Großhandel — ganz abgesehen vom Kleinhandel, der nach den beiden „Pfeifen“ tanzen muß, wenn er überhaupt leben will — sind sich eins, die Kartellwirtschaft ungeführt von der Gesetzgebung aufrechtzuerhalten und auszubauen. Auf Kosten des Staates und der Gemeinden; der Landwirtschaft und des Handwerks. Vor allem aber auf Kosten der Verbrauchermassen, die alles bezahlen.

Was diese Interessengemeinschaft der kartellierten Industrie und des Großhandels für den Verbraucher bedeutet, wird ersichtlich, wenn man weiß, daß nach einer Schätzung des früheren sozialdemokratischen Staatssekretärs Dr. Hirsch die Umsätze des Großhandels die Riesensumme von 45—50 Milliarden Mark im Jahr ausmachen und die Unkosten und Gewinne davon mindestens 4 Milliarden Mark. Der französische Volkswirtschaftler und bekannte Konsumgenossenschaftler Prof. Dr. Gide berechnet den Handelsgewinn der französischen freien Wirtschaft auf 8 Milliarden Goldfranken jährlich. Und der Verbraucher zahlt alles.

Die Warenpreise brauchen also nur um 1 lumpiges Prozentchen anzuziehen, so bedeutet dies für die Verbraucher 400—500 Millionen Mark, Mehrbelastung im Jahr 2 Prozent = 1 Milliarde uff.

Gegen diese Auslaugung gewährt auch die beste Kartellgesetzgebung keinen Schutz. Dagegen steht die Wirtschaft des Staates und der Gemeinden unter der Kontrolle von gewählten Vertretern der Gemeinde- und Staatsbürger. Und vor allem steht in den konsumgenossenschaftlichen Organisationen den Vertretern der freien — Kartellwirtschaft ein Gegner gegenüber, der in der Lage ist, das wirtschaftliche Allgemeininteresse aufs wirksamste zu vertreten. Jedes Mitglied einer Genossenschaft und jede Genossenschaft dient dem Allgemeininteresse, das in der Gemeinwirtschaft wurzelt. Und jeder Umkehr einer Genossenschaft richtet sich gegen die Kartellwirtschaft der Industrie und des Großhandels.

Woraus hervorgeht, daß Gemeinwirtschaft und Kartellwirtschaft sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser; und fernerhin, daß vor allem die Verbrauchermassen in den Konsumgenossenschaften ihre beste Stütze finden. Schon hat ihr Umsatz die erste Milliarde überschritten und 50 Millionen Mark Nutzen den genossenschaftlich organisierten Verbrauchern gebracht — deshalb muß Gemeinwirtschaft gegen Kartellwirtschaft. Milliarde um Milliarde muß der Kartellwirtschaft abgerungen und der Gemeinwirtschaft zugeführt werden.



Herzliche Beratungsstelle für Jugendliche

Die Einsicht, daß wir dem jungen Menschen mehr als bisher die Möglichkeit bieten müssen, sich mit einem Vetteren über alle die Dinge zu beraten, die ihn bedrücken, drängt sich jedem auf, der in der Jugendarbeit steht. Gerade die Jungen und Mädels, die sich schwer an andere anschließen können, die sich scheuen, mit ihren Jugendkollegen über das zu reden, was sie innerlich am meisten beschäftigt, haben das Bedürfnis, sich einmal mit einem Erwachsenen unbefangenen und freimütig auszupprechen. Ihren Angehörigen können sie sich schlecht offenbaren, weil sie — oftmals nur zu Recht — fürchten, von ihnen nicht verstanden zu werden. Sie sind darum einjam und leiden unter dieser Einsamkeit. Immer wieder erleben wir es bei den Arbeitsgemeinschaften und Vorträgen, besonders bei den über Jugend- und Sexualfragen, daß bei der Diskussion nur die Vetteren und Erfahrenen aus der Gruppe sich zum Worte melden, jene aber, die es am meisten angeht, schweigen. Sie treten höchstens nach dem Vortrage, auf dem Nachhausewege, schüchtern an den Vortragenden heran, um nun unter vier Augen die Fragen zu stellen, die in ihnen brennen. Naturgemäß stehen hierbei Fragestellungen aus dem ärztlichen, insbesondere dem sexuellen Gebiet, im Vordergrund. Daher ist es zweckmäßig, daß ein Arzt diese Beratung übernimmt.

Aber auch andere Probleme, wie sie aus Konflikten mit der Umwelt, in Haus, Schule, Lehrstätte, Fabrik, erwachsen, können zur Erörterung kommen.

Wenn schon Erwachsene oft genug, wo sie in seelischen Schwierigkeiten nicht aus noch ein wissen, zu einem Arzt ihres Vertrauens gehen, wenn man für sie Eheberatungsstellen und dergleichen einrichtet, wieviel berechtigter ist die Errichtung von Jugendberatungsstellen! Mancher Jugendliche, der allein mit sich nicht fertig wird, wird froh sein, sich mit jemandem, von dem er hoffen kann, daß er mit ihm empfindet und ihn versteht, über seine seelische Not besprechen zu können, zumal wenn dieser durch seine sozialistische Weltanschauung mit dem proletarischen Fühlen und Wollen eng verbunden ist! Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit hat die freigewerkschaftliche Jugendzentrale des ADGB Ortsausschuß Berlin, bewogen, eine Jugendberatungsstelle unter ärztlicher Leitung einzurichten. Sprechstunde: jeden Mittwoch von 18.30 (6.30) bis 20 (8) Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelwerfer 24/25, 1. Stockwerk, Zimmer 7.

Jugendführer-Kundgebung

Während die Arbeiterbewegung durch die wachsende Intensität ihres Wirkens Leben und Wollen des Arbeiters in ihrer Totalität zu umfassen bestrebt ist, wächst die Zahl besonderer Organisationen und Organisationseinrichtungen zur Pflege spezieller Aufgaben. Die Jugendbewegung, selbst ein Zweig der Arbeiterbewegung, verzweigt sich aus inneren Gründen wiederum über mehrere Ströme des modernen Organisationslebens der Arbeiterschaft. Spezielle Aufgaben erfordern besondere Methoden und getrennte Organisationen, denen jedoch der eine Zweck, dienstbar zu sein dem großen Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung, gemeinsam ist. Dieser Gemeinsamkeit sind sich die in den verschiedenen Zweigen der Jugendarbeit tätigen Menschen bewußt. Sie zu betonen, wird jedoch um so mehr Pflicht, je mehr die Spezialisierung als praktisches Erfordernis zwingend wird. Sodann drängt die Besonderheit der Methoden und Organisationen zu einer von der Übereinstimmung in der Idee getragenen Verständigung über die gegenseitigen Grenzen sowie über die Möglichkeiten gemeinsamen praktischen Wirkens.

Diese Einsicht hat bei den Leitungen der drei großen Zweige der Arbeiterjugendbewegung, der Freien Gewerkschaftsjugend, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeiterjugendzentrale, den Gedanken einer auf gegenseitiger Anerkennung beruhenden engeren Gemeinschaftsarbeit hervorgerufen. Um den ersten Schritt zur Ausföhrung dieses Gedankens zu tun, haben sie die Jugendführer aus ihren Organisationsbereichen zum 14. Oktober zu einer gemeinsamen Kundgebung nach Berlin geladen. Der Zweck der Versammlung wurde schon kenntlich gemacht durch die Tagesordnung und die Zahl der Redner. Die Bedeutung der Jugend-erziehung für die sozialistische Arbeiterbewegung behandelte Ollenauer, der Vorsitzende der SAJ; Walter Maschke, der Jugendsekretär des Vorstandes des ADGB, sprach über den Kampf um den Jugendschutz; Bildung von den Sportlern hatte das Referat über die Gestaltung der Freizeit der Erwerbstätigen Jugend. Maschke, der die Versammlung eröffnete, kennzeichnete in seiner Begrüßungsrede die Zweckbestimmung dieser ersten gemeinsamen Tagung noch einmal. Vor übertriebenen Erwartungen über schnelle Erfolge einer gemeinsamen Arbeit warnte er die eigenen Anhänger. Aber die Deffentlichkeit möge wissen, daß die drei Zweige der Bewegung, die diese Kundgebung veranstalteten, trotz der Verschiedenheit der Aufgaben im Geiste eins seien und darüber hinaus eins seien mit der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Deffentlichkeit solle anerkennen, daß hier ein breiter Strom einem Ziele zustrebt.

Ollenauer verfolgte die von Maschke eingeschlagenen Sinnen weiter. Unsere Jugendverbände, begann er, empfangen ihren Zweck vom Zweck der Arbeiterbewegung. Ihre Methoden orientieren sich am Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die praktischen Aufgaben, die von den Jugendorganisationen zu erfüllen sind, ergeben sich aus der Gesamtlage der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die sozialistische Jugendarbeit vor dem Kriege war dadurch behindert, daß die sozialistische Arbeiterbewegung noch um ihre elementarsten Daseinsrechte kämpfen mußte. Die Arbeiterjugend hat daher besonderen Grund, die Befreiung vom Druck des Obrigkeitstaates zu begrüßen. Heute haben die drei Organisationen, die die Kundgebung veranstalteten, 800 000 Mitglieder; in allen Zweigen der Arbeiterbewegung habe die Bedeutung der Organisation und Erziehung der Jugend Anerkennung gefunden. Die Jugend ist eine bedeutende Altersgruppe im Gesamtvolke; mehr als 80 v. H. der Jugendlichen stehen vom vierzehnten Lebensjahre an im Erwerbsleben. Kein Glied der Arbeiterbewegung kann daher die Jugendlichen bei den sozialen Kämpfen außer acht lassen, am wenigstens die Gewerkschaften. Die Partei aber hat das größte Interesse an einem ständigen Kontakt mit der Jugendarbeiterschaft, um die Jungwähler zu gewinnen, nachdem das Wahlalter mit dem zwanzigsten Lebensjahre beginnt. Das Maß der Freiheit und die Möglichkeiten einer eigenen Lebensgestaltung der Jugend sind gewachsen. Freizeit soll im sozialistischen Sinne verwendet werden. Wir wollen das Argument zerstreuen, daß die Jungarbeiter nichts Rechtes mit einer erweiterten Freizeit anzufangen wisse. Der Kampf um den jungen Menschen werde von allen Gruppen der uns feindlichen Organisationen und sozialen Strömungen gegen uns geführt, nachdem überall die Erkenntnis von der Bedeutung des jugendlichen Volksteils eingelebt ist. Die Gesamtlage der sozialistischen Arbeiterbewegung lasse daher die Organisierung und Erziehung der Jugend als dringende Notwendigkeit erscheinen. Jeder Zweig unserer Organisationen möge auf seinem Gebiete mit den ihm eigentümlichen Mitteln die seiner Eigenart gemäßen Aufgaben erfüllen, aber stets mit dem Ziele, der sozialistischen Arbeiterbewegung immer größere Massen Jugendlichen zuzuföhren. Das gemeinsame Ziel erfordert

die sozialistische Erziehung der Jugendlichen. Die Arbeiterbewegung führt heute den Kampf um diese Staatsmacht und die Umgestaltung der Wirtschaft. Sie kann in diesem Kampfe nur Erfolg haben durch jähres Ringen in schrittweisem Vormarschdrängen. Damit wachsen mit den Möglichkeiten der Entfaltung arbeiter Kräfte die Verantwortlichkeiten der Bewegung. Wir brauchen Menschen, die zahlreiche neuartige, praktische Aufgaben zu erfüllen vermögen; mit einer Erziehung für diese Aufgaben müssen wir bei der Jugend beginnen. Bei dieser Arbeit hat kein Zweig der Bewegung den Vorrang. Die Arbeit muß spezialisiert werden, aber sie darf nicht zersplittern. Die Arbeitsteilung zwischen den Organisationen darf nicht zur Zersplitterung führen, sondern es muß ihr ein gemeinsamer Wille und ein einheitlicher Plan zugrunde liegen. Aus dem Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterbewegung müsse sich die kameradschaftliche, planmäßig arbeitsteilige, im Geiste gemeinsame Tätigkeit der Organisationen ergeben.

Als einen wichtigen Zweig der Aufgaben unserer Jugendorganisationen hatte schon Ollenauer den Jugendschutz bezeichnet. Auch hier haben sich seit dem Beginn der sozialistischen Jugendbewegung Wandlungen in den Möglichkeiten und Zielen vollzogen. Maschke zeigte diese Wandlungen auf, die von einer Klärung über den Begriff des jugendlichen Arbeiters als Pfingling der Jugendschutzgesetzgebung begleitet waren. Wir selbst verstanden unter Jugendschutz lange Zeit die Verfolgung der Einzelfälle von Verstößen gegen die Jugendschutzbestimmungen. Heute stehen wir bei einer planmäßigen Gestaltung des sozialpolitischen Schutzes der Jugend, bei der die Führung in unserer Hand liegt.

Lehrlings Klage lied

Jeden Morgen, hol's der Teufel,
Fängt die alte Leier an:
Morgens schanzten, abends schufteten
Und noch nie genug getan.
Meister und Geselle knurren;
Brummig stets ist ihr Gesicht,
Nur ich selbst darf niemals murren.
Junge, das gefällt mir nicht.

Stubenfeegen, Wasserholen,
Früh, wenn sich die Meist'rin rührt;
Stiefel putzen, Kleider büstern,
Wenn das Fräulein kommandiert;
Wäsche trocknen, Kinder wiegen
Ist des Lehrlings höchste Pflicht;
Alles will ihn unterkriegen.
Junge, das gefällt mir nicht.

Und so geht es Tag für Tage,
Abends spät und morgens früh;
Immer ist's die alte Plage,
Immer ist es neue Müh, —
Fritze hinten, Fritze vorne
Schallt's aus jeder Eck' heraus.
Junge, bei des Meisters Zorne:
Uebermorgen reiß' ich aus.

Jürgen Brand.

Wir erstreben nicht allein den Schutz der körperlich benachteiligten, gefährdeten Jugend, sondern unsere Forderungen beziehen sich auf einen Schutz der gesamten erwerbstätigen Jugend. Jugendschutz sei eine Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber der heranwachsenden Generation des erwerbstätigen Volkes. Dem Kampfe der Gewerkschaften ist es zu danken, daß weite Kreise der Deffentlichkeit die Notwendigkeit des Jugendschutzes anerkannt haben. Das Berufsausbildungsgesetz hat ein Zeichen dieser Strömung, aber es stellt weder in seiner Gesamtheit noch in seinen Einzelheiten eine Lösung dar. Auch dürfe mit dem Hinweis auf das Berufsausbildungsgesetz die Möglichkeit, den Jugendschutz an anderen Stellen zu fördern, nicht umgangen werden. Bei der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes müßte ein wesentlicher Teil der Jugendschutzforderungen erfüllt werden. Stark im Vordergrund stehe die Frage des Urlaubs für Jugendliche; wir werden unsere ganze Kraft aufbieten, um sie schnell einer Lösung anzuföhren. Wir wollen diese Lösung vorbereiten durch die Erlangung von Urlaub für Jugendliche mittels der Tarifverträge. Wir müssen in allen Fragen des Jugendschutzes soziale Tatsachen schaffen, um die Gesetzgebung zum Fortschritt zu zwingen. Die erwachsene Arbeiterschaft aber müsse diesen Aufgaben ihre größte Aufmerksamkeit zuwenden; sie dürfe die Förderung des Jugendschutzes nicht von den Organisationsleitungen allein erwarten. Sie müsse erkennen, daß Jugendschutz gleichfalls ein Stück unseres Weges zu unserem großen Ziel bedeutet. Wenn wir fordern, daß die Verfügungsgewalt der Besitzer der Produktionsmittel über alle Dinge des wirtschaftlichen Lebens erlöhrt werde durch ein System, in dem Raum ist für ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft, so sei der Schutz der Jugendlichen Arbeiterschaft ein Stück dieses Bestrebens. Es gelte, das Arbeitsverhältnis der Jugendlichen der Willkür der Unternehmer zu entziehen und es im Interesse der Wohlfahrt des Volkes unter gemeinnützigen Gesichtspunkten zu regeln.

Je weiter nun der Jugendschutz fortschreitet, je weiter der Freizeitpielraum der Jugendlichen ausgedehnt wird, um so dringender werden die Fragen der Verwendung der Freizeit. Auch Bildung, der dritte Referent, erwähnte das Argument des Gegners, die Arbeiterschaft wisse mit der Freizeit keinen nützlichen Gebrauch zu machen, aber er erhob auch den Vorwurf, daß die öffentliche Gewalt mit ihren Mitteln keine Einrichtungen getroffen habe, die einer kulturell wertvollen Ausnutzung der Freizeit hätten dienen können. Die Jugendlichen treten heute in großer Zahl früher und unreifer in das Erwerbsleben ein. Sie stehen in einem Alter, in dem der Spieltrieb noch mächtig in ihnen ist. Arbeit als Spiel im Experimentierjaal wäre für sie noch die geeignete Beschäftigung, während jedoch bereits der Produktionsprozeß der kapitalistischen Ordnung seine strengsten Anforderungen an sie stellt. Sport und Wandern müsse ihnen den Ausgleich gegen die einseitige Anspannung der Organe im Arbeitsprozeß geben. Bewegung in Licht, Luft und Sonne sei von heilsamstem Einfluß auf Körper und Geist; sie müsse wechseln mit der Arbeit zur Pflege des Wissens der Jugend; sie sei auch ein Weg, das sitzliche Wollen der Jugend zu veredeln. Freizeit mit solcher Lust zu füllen, sind Spiel, Sport und Wandern geeignet. Und je strenger die Erwerbsarbeit die Jugend in ihren Bann zieht, um so nötiger ist die Erweiterung der Freizeit. Wir stellen diese Forderung an den Staat. Die Aufgabe aber, für eine kulturell wertvolle Ausnutzung der Freizeit zu sorgen, bleibt unsere Aufgabe. Wir werden die Jugend weder Werkportvereinen, noch von militaristischem Geiste erfüllten Turnverbänden überlassen. Wenn wir wollen, daß die Jugend frei werde, so müssen wir dahin streben, daß die Jugend auch bei Spiel und

Sport und Wandern in einer geistig freien Atmosphäre lebt. Daß die verschiedener Zweige der Jugendbewegung sich hierbei unterstützen, sei der Zweck ihrer Gemeinschaftsarbeit.

Nachdem die Versammlung die drei Referate mit großem Beifall aufgenommen hatte, bemerkte Timm (Solzarbeiterverband), daß die Kundgebung den Willen zu gemeinsamer Arbeit nach außen hin eindeutig erkennen lassen müsse, sowohl gegenüber den Zweigorganisationen im Lande wie gegenüber einer weiteren Deffentlichkeit. Von dem Widerhall, den diese Kundgebung eines gemeinsamen Zielwillens findet, werde es abhängen, welche weiteren Schritte die Leitungen der drei Organisationen unternehmen müssen, um die begonnene gemeinsame Arbeit in einzelnen praktisch durchzuführen. Diese Auffassung vom Sinn der Kundgebung wurde von der Versammlung geteilt. Eine Aussprache fand daher nicht statt. Als Symptom für die Bedeutung der Kundgebung mag erwähnt sein, daß eine Bezirkskonferenz Niederschlesiens der SAJ, der freien Gewerkschaftsjugend und der Sportlerjugend der Berliner Versammlung einen telegraphischen Gruß sandte. Die folgende Entschliesung wurde einstimmig angenommen:

„Vor zwanzig Jahren begannen die Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die Erziehung der schulentlassenen Arbeiterjugend im sozialistischen Sinne. Durch gemeinsame Maßnahmen förderten sie die sozialistische Jugendbewegung, die bei Ausbruch des Krieges über 100 000 Anhänger zählte. Heute umfassen die sozialistischen Jugendverbände etwa 800 000 Jugendliche, Gewerkschaften, Arbeitersportvereine und Sozialistische Arbeiterjugend sind unabhängig voneinander, aber in freundschaftlicher Föhlungsnahe tätig, um die heranwachsende Jugend für die Ideen und Aufgaben der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Trotz dieser restreulichen Fortschritte stehen immer noch große Massen von Jugendlichen außerhalb der sozialistischen Bewegung. Es ist auch zweifellos, daß die sozialistische Jugendarbeit noch in erheblichem Maße ausgebaut werden kann. Eine große Steigerung des Umfanges und der Leistungen der sozialistischen Jugendbewegung ist möglich, wenn die drei großen Organisationen sich der Gemeinsamkeit ihrer Erziehungs- und Arbeitsziele stets bewußt sind, enger als bisher zusammenarbeiten und sich gegenseitige Förderung zuteil werden lassen.

Der Erfolg der sozialistischen Jugendbewegung wird ferner in hohem Maße stets davon abhängen, daß die Masse der erwachsenen Arbeiterschaft ihr sympatisch gegenübersteht und zu aktiver Mitarbeit bereit ist. Mit Stolz kann auf die große Zahl von hingebungsvollen Mitarbeitern geblickt werden, aber im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegt es, daß die Anteilnahme der gesamten Arbeiterschaft an der Tätigkeit ihrer Jugendorganisationen sich steigert und die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit noch größeren Umfang als bisher annimmt.

Die von der Arbeiterschaft erzwungenen Fortschritte auf kulturellem, sozialem und politischem Gebiete gewähren der heutigen Jugend ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit, als dies vor einem Jahrzehnt noch der Fall war. Die durch Krieg und Kriegsfolgen verursachte körperliche und geistige Verelendung der jungen Generation, sowie die trotz der erreichten sozialen Fortschritte verstärkte Inanspruchnahme der jungen Menschen im Wirtschaftsleben fordert jedoch nach wie vor einen ausreichenden Jugendschutz, der der erwerbstätigen Jugend mehr als bisher Zeit und Gelegenheit zur Selbstbestimmung und zum Anspannen gibt. Die gesamte Arbeiterbewegung hat sich bereits seit langem mit großer Energie für besondere Jugendschutzmaßnahmen eingesetzt und in politischem und wirtschaftlichem Kampfe erhebliche Fortschritte erzielt. Darüber hinaus muß jedoch endlich durch die Gesetzgebung sobald wie möglich ein verstärkter Schutz der Jugend, besonders auf den Gebieten der Arbeitszeit und des Urlaubs, festgelegt werden, wenn nicht die Gefahr einer frühen Zermürbung der Volkskraft ersehen soll.

Der Kampf der sozialistischen Organisationen für die Erfüllung der Forderung: Mehr Freizeit für die Jugend! verpflichtet die erwerbstätige Jugend auch zur sinnvollen Verwendung ihrer Freizeit. Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist für die arbeitende Jugend nur möglich in den Jugendorganisationen der Arbeiterschaft, die die Jugend eingliedern in das große Heer der Arbeiterbewegung; denn arbeitende Jugend und sozialistische Jugendbewegung sind eins!

Schulentlassung und Jugendschutz

Die Gewerkschaften vertreten die Forderung auf eine Verlängerung der Schulzeit. Diese Forderung hat nicht nur eine kulturelle Bedeutung, weil die geistige Durchbildung des Menschen durch eine Verlängerung der Schulzeit gehoben wird, sondern sie hat auch eine große Bedeutung für die Gesundheit der Jugend und damit den Gesundheitszustand des Volkes.

Gerade das Alter der Schulentlassenen verlangt besondere Aufmerksamkeit, weil die Reife des Menschen beginnt, vor allem bei den Mädchen. Und die Untersuchungen haben denn auch gezeigt, daß dieser plötzliche Wechsel von Schulzeit und Berufsleben in solch jungem Alter und solcher Reifezeit von schädlichem Einfluß auf die Gesundheit ist. Die Tuberkulosesterblichkeit schwimmt z. B. nach dem 14. Lebensjahre plötzlich an, gerade bei den Mädchen.

Aber diese Tatsache der erhöhten Tuberkulosesterblichkeit in dieser Zeit ist nur eine Erscheinung der allgemeinen Schwächung der körperlichen Widerstandsfähigkeit in dieser Zeit. Der ganze Körper ist in einer Umwandlung. Es sind nicht nur Organe, die reifen, vielmehr befindet sich der ganze Mensch in einer „zweiten Geburt“. Da ist die Forderung nach einer Aenderung der heutigen Verhältnisse in dieser wichtigen Wendzeit des Lebens von einer ganz außerordentlichen Bedeutung.

„Der Rote“

Neue Erzählungen von Jack London. Die unermüdbare Phantasie des abenteuerlichen Jack London beschränkt sich nicht auf Spaziergänge in der Nachbarschaft der Erlebniswelt. Dieser bewegliche aller gegenwärtigen Autoren, der es sich hätte leisten können, lediglich in den Notizen seiner unerschöpflichen Erinnerungen zu blättern, hatte eine Phantasie, die mit bezaubernder Selbstverständlichkeit in die Rebellengebiete der Abenteurer vordringt. Der neue Band der heroischen ausgeföhnten Jack-London-Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, pro Band 3 Mark, der unter dem Titel der ersten Erzählung „Der Rote“ sechs Novellen Jack Londons umfaßt (erschienen im Universitäts-Verlag, Berlin, Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, Berlin, nur für Mitglieder), zeigt den Meister der großen spannenden Romane auch als unübertrefflichen Erzähler kürzerer Geschichten, und gleich die Titelnovelle läßt in die beispiellose Vertiefung von Dichtung und Wahrheit bilden, die das Geheimnis der großen Erzählung Jack Londons ist. Auf jeder Seite dieses Buches häufen sich Geheimnisse, immer wieder tauchen neue Gestalten, neue Landschaften auf. Gewaltige Naturereignisse brechen herein, harte Persönlichkeiten greifen dem Schicksal in den Karten, und der Abtuhmus des ewigen Spiels von Werden und Bergehen ist auf den kleinsten Epilode zu spüren. Wir erleben, wie ein Forscher alle Widerwärtigkeiten einer hoffnungslosen Gefangenenschaft bei den Buskmännern auf der Insel Guadalupe auf sich nimmt, um die rätselhafte Stimme des Dschungels aus der Nähe zu hören, und der die Lösung des Geheimnisses mit dem Preis seines Lebens erkaufte. Wir sehen einen alten Goldluder noch einmal nach dem Land seiner Schmachts losmarschieren, einen Heiden von antiker Größe, einen Argonauten, den das Goldene Vlies von Klondike lockt und der es findet, „am Scheren bereit“. Zwischen einer Geschichte aus Ecuador, in der die Liebe und ein sagenhaft großer Goldklumpen die Hauptrollen spielen, und einer phantastischen Novelle, die erst Mitte dieses Jahrhunderts Wahrheit werden kann, finden wir die schönste Erzählung dieses Buches: Drei Engländer, vom Schicksal Bestimmte, treffen sich am „Landrückenbergs“ und wählen in ihren Erinnerungen von Frauen, Abenteuern in der Südeis, Glück und Verhängnis. Diese Geschichte zählt zu den lebendigsten Erzählungen Jack Londons. Die heldenhafte Figur einer Frau, die mit hartem Kopf gegen alle Welt anrennt, steht am Ende dieses Buches, das Jack Londons literarische Bedeutung unterstreichen könnte, wenn es überhaupt möglich wäre, Jack Londons Weltreum noch ein Wort des Lobes hinzuzufügen.